

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 57019
Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Walfischstr. 66

Abonnementpreis d. Boten vierteljährlich 3.— M., d. die Post 3,60 M., Einzel-Nr. 50 Pf.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Umberg, Essen. Druck: H. Hausmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38 42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Hiltverband Bochum

Wir fordern — von wem?

Wer die Matuzüge des schaffenden Volkes gesehen hat, konnte die verschiedensten Schilder und Transparente erblicken, die von den Demonstrierenden getragen wurden und auf denen die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft in weit leuchtender Schrift geschrieben standen:

Wir fordern den Achttundentag!

Gibt uns die Siebenstundenschicht im Bergbau!

Mehr Jugendschutz!

Wir fordern den Ausbau der Sozialversicherung!

Für Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben!

So und ähnlich war es auf den hoch getragenen Plakaten zu lesen. Und stolz und kampfeslustig marschierten alle die Hunderte, Tausende, Zehntausende hinter diesen Schildern, um zu zeigen, welche starke Massen sich zu all den erhobenen Forderungen bekennen.

So weit wäre alles gut. Und dieser Bekennermut, den die marschierenden Arbeiter so offen zeigten, war sicher erfreulich und herzerfrischend. Nur eins scheint bei dem Ganzen nicht so sehr klar gewesen zu sein:

Wem die Forderungen denn eigentlich vordemonstriert werden sollten!

Sicherlich dachten die Demonstrierenden fast restlos: Dem reichen Bürgertum — den Kapitalisten — den Herrschenden — der Staatsregierung usw.! Und in diesem Sinne marschierten auch die Demonstrationszüge der Arbeiter immer gern durch die besseren Wohnviertel, wo die Zugehörigen zur sogenannten herrschenden Schicht wohnen. Man will damit dieser Klasse eine ernste Mahnung geben und gleichzeitig auf sie einen moralischen Druck ausüben, den Wünschen und Forderungen der Arbeiterklasse mehr Interesse und Entgegenkommen zu zeigen.

Uns will nun scheinen, als ob darin eine vollständige Umkehrung des ganzen, hier zu betrachtenden Problems liege. — Warum?

Wir leben heute in einem republikanisch-demokratischen Staate mit einem parlamentarischen Regierungssystem. Ueber dem deutschen Volke steht nicht mehr ein einzelner Herrscher, ein Monarch, sondern das Volk regiert sich selbst dadurch, daß es sich seine Regierungsvertretung selbst wählt. Diese Wahl erfolgt in demokratischer Abstimmung unter einem gleichen, geheimen, freien und direkten Wahlrecht, für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen. Und diese gewählte Volksvertretung ist in ihrer Mehrheit souverain, das heißt sie ist höchste Entscheidungsinstanz bei der rechtlichen und gesetzlichen Regelung der Staats- und Gesellschafts- und damit auch Wirtschaftsordnung. Achttundentag, Siebenstundenschicht, Jugendschutz, Sozialversicherung, Wirtschaftsdemokratie, kurz, all das, was in den Forderungen der Maidemonstranten enthalten war

ist aber nichts anderes, wie eine Forderung an die Gesetzgebung und Rechtsbildung im Staate,

Forderungen also, die letzten Endes an Regierung und Parlament zu richten sind und gerichtet werden müssen.

Und in dieser Regierung und in diesem Parlament hat tatsächlich die herrschende Klasse die Mehrheit, so daß sie faktisch wirklich Schuld hat, daß die Forderungen der Arbeiterschaft noch nicht erfüllt sind.

Die Forderungen der Arbeiter unerfüllt zu lassen ist aber dieser Mehrheit des Besitzbürgerblocks nur so lange möglich, als das schaffende Volk sich damit zufrieden gibt.

Es ist nämlich nicht das Vorrecht der Besitzenden und ihrer Helfer, die Mehrheit im Parlament und in der Regierung zu haben, sondern es ist dieses nur ein freiwilliges Geschenk der Wahlberechtigten im Staate, die eben in ihrer Mehrheit die Vertreter des Besitzbürgerblocks, also die bürgerlichen Parteien wählen. Und es sind auch nicht Machtgelüste und nicht der Geist der Unterdrückung und der Knechtung des werktätigen Volkes, der die herrschende Klasse zu ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Arbeiterforderungen bestimmt, sondern es ist das gute Recht dieser Klasse, über die Arbeiter nach Belieben zu herrschen, da ja die Mehrheit des Volkes sich bei den Wahlen für sie entscheidet.

Wenn also das werktätige Volk für Erfüllung seiner Forderungen demonstriert, dann ist die Demonstration an die verkehrte Adresse gerichtet, wenn sie sich gegen die besitzende Klasse bzw. gegen deren Politik im Staats- und Wirtschaftsleben richtet.

Die Demonstrationen müssen sich richten an jene Massen der Unorganisierten und Indifferenten, die im entscheidenden Moment ihre Stimme abgeben für die Parteien der besitzenden Klassen, also für bürgerliche Parteien.

Mit dem Moment, mit dem die bürgerlichen Parteien im Parlament nicht mehr die Mehrheit haben, mit dem Moment braucht die Arbeiterschaft nicht mehr für ihre Forderungen zu demonstrieren,

sie wird sie dann einfach auf Grund der parlamentarischen Mehrheit und der damit verbundenen Regierungsmacht erfüllen.

Diese verblüffend einfache Tatsache muß in jedes Arbeiterhirn hineingehämmert werden. Insbesondere sind die Frauen darüber aufzuklären. Kein wahlberechtigter Wähler und keine wahlberechtigte Frau hat das Recht, sich über wirtschaftliche Not und politische Unfreiheit zu beschweren, solange die bürgerlichen Parteien von ihnen die Stimmen bei der Wahl erhalten.

Daran haben wir insbesondere zu denken am 20. Mai, dem Wahltag zu den Parlamenten.

Jede Wahl, die den bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Parlament bringt, ist geradezu eine Blamage für das schaffende Volk, und zwar deshalb, weil

die bürgerliche Mehrheit gegen das schaffende Volk regiert, aber nur besteht, weil sie von demselben schaffenden Volke gewählt wird.

Die arbeitende Klasse bildet nämlich die weitaus große Mehrheit im Staate, also müßte sie auch eine gleiche Mehrheit haben in den Parlamenten. Es wird Zeit, daß wir alles daran setzen, um den letzten Zugehörigen zu unserer Klasse zu dieser Erkenntnis und zu entsprechendem Handeln bei der Wahl am 20. Mai zu erziehen.

Wie selbstverständlich das alles jedem Arbeiter und jeder Arbeiterfrau sein müßte, ergibt sich aus folgenden Fragen und Antworten:

Wie kommt Achttundentag, Jugendschutz, ausreichende Sozialversicherung, Gleichberechtigung in der Wirtschaft zustande?

Durch Gesetz!

Wer macht die Gesetze?

Die Parlamentsmehrheit!

Wer bildet die Parlamentsmehrheit?

Die bürgerlichen Parteien!

Wer wählt die bürgerlichen Parteien?

Meistens Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Warum also sind die Gesetze für die Arbeiter und ihre Familien so schlecht?

Weil die bürgerlichen Parteien keine besseren Gesetze machen!

Warum machen die bürgerlichen Parteien keine besseren Gesetze für die Arbeiter und ihre Familien?

Weil sie sagen: Die Arbeiter sind mit den Gesetzen zufrieden!

Warum können sie sagen, daß die Arbeiter mit den Gesetzen zufrieden sind?

Weil sie ja von Millionen Arbeitern und Arbeiterfrauen gewählt werden!

Wenn also der Arbeiter und seine Frau nicht zufrieden

sind mit langer Arbeitszeit, mit niedrigen Löhnen, schlechter Altersversorgung, mit Knechtschaft auf der Arbeitsstelle, was muß dann geschehen? **Es müssen bessere Gesetze kommen! — Wann aber werden nur bessere Gesetze kommen? Wenn sich jede Arbeiterfrau wie auch jeder Arbeiter zur Parole macht am 20. Mai:**

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien! Alle Stimmen der Partei des schaffenden Volkes, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Gegen Zollwucher — für int. Wirtschaftsverständigung.

Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1927 sprach sich für den Abbau der Zollmauern, für weltwirtschaftliche Verständigung aus. Die Reichsregierung überließ die Kundgebungen dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Erstattung eines Gutachtens. Der Ausschuss: für Industrie, Handel, Landwirtschaft und Allgemeines, beschäftigte sich mit der Frage. Mitte April erstattete der Reichswirtschaftsrat seinen Bericht, der in weitgehendem Maße die Arbeiterauffassung über diese Fragen bestätigt.

Mit der Weltwirtschaftskonferenz steht der Reichswirtschaftsrat, abgesehen von den Kriegsfolgen,

„das Grundübel der heutigen Lage in dem Uebergangsprotektionismus, dem wirtschaftlichen Nationalismus der Nachkriegszeit. Größere Freiheit im Warenaustausch, ausgedehntere internationale Arbeitsteilung mit gegenseitigem Geben und Nehmen ist das einzige Mittel, um diese Schwierigkeiten zu mildern. Diese Notwendigkeit größerer Freiheit im Warenaustausch ist gerade auch für Deutschland.“

Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland trotz des Rückganges noch bedrohlich, der Außenkapital bleibt erheblich hinter den Friedensjahre zurück. Die Kapitalneubildung hat sich noch nicht genügend vollzogen, der hohe Zinssatz zeigt die schwere Spannung zwischen Angebot und Nachfrage von Kapital. Deutschland leidet unter der Höhe seiner Reparationslasten, Steuern und sonstigen Lasten.

Herinnahme von Auslandskapital in hohem Umfang war notwendig.

Das bedeutet neue Verschuldung, neue Lasten, und deshalb ist es notwendig, bei jeder Kapitalverwendung die privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Nützlichkeit der Verwendung sorgsam zu prüfen. Den Zustrom von Auslandskapital abzuschneiden, ist ein verhängnisvolles Beginnen, für das alle Schichten der deutschen Bevölkerung mit Erschwerung ihrer Arbeit zu büßen hätten.

Deshalb stimmt das Gutachten den Schlussfolgerungen der Weltwirtschaftskonferenz zu, die für Waren, für Menschen und für Welt Erleichterung des internationalen Austausch fordern.

Das Gutachten unterstreicht ferner die Notwendigkeit der Rationalisierung der Verwaltung, einer Vereinfachung des Verwaltungsapparats.

Das Ueberwiegen der Einfuhr in der deutschen Handelsbilanz stellt nach dem Gutachten eine Uebergangsbilanz dar, die in dem Ausmaß der deutschen Wirtschaft mit Auslandsgeld ihre wichtigste Erklärung findet. Wenn die so gesteigerte Produktionskraft in Erscheinung treten wird, braucht Deutschland einen gesteigerten Innenbedarf und einen entsprechend gesteigerten Auslandsbedarf, letzteren schon, weil die Leistung der Reparationsabgaben nicht in Geld, sondern wesentlich nur in Waren erfolgen kann. Schon für das Deutschland vor dem Kriege konnte Autarkie (wirtschaftliches Selbstständig) nicht in Frage kommen, für das Nachkriegsdeutschland gelten noch viel mehr die Sätze in den Entschliessungen der Weltwirtschaftskonferenz, daß der Zustand einer auch nur unvollständigen Selbstgenügsamkeit nur um den Preis von Leiden erreicht werden könnte, die sich sehr rasch bis zur Unerträglichkeit steigern würden.

Die deutsche Produktion muß Qualitätsware billig erzeugen.

Die notwendige Steigerung des Exports wird durch gesteigerten Inlandsabzug nicht erschwert, sondern gefördert.

„Nach der sozialen Struktur der deutschen Bevölkerung sind die Löhne von entscheidender Bedeutung für die allgemeine Kauf- und Verbrauchskraft. Die Lohnpolitik muß auch diesen produktionsfördernden Charakter guter Löhne in Rechnung stellen.“

Die Rationalisierung des Verteilungsprozesses ist von großer Bedeutung, sowohl für die Erhaltung und Steigerung der Realeinkommen wie für die Senkung der Produktionskosten und der Preise und damit für die Steigerung der Exportfähigkeit der deutschen Erzeugung.

Die deutsche Handelspolitik muß, ohne den Binnenmarkt zu vernachlässigen, darauf hinarbeiten, die freiere Gestaltung des internationalen Warenaustausches zu erreichen.

„Abbau der den Export erschwerenden oder ganz unmöglich machenden fremden Handelszölle und Abbau der ausländischen Zollschranken ist deshalb für Deutschland viel wichtiger als die Aufrechterhaltung zu hoher eigener Zölle. Das gilt sowohl für die industrielle wie für die landwirtschaftliche Erzeugung, denn auch die letztere leidet darunter, daß ihr durch Zölle die Waren verteuert werden, wie umgekehrt zu hohe Lebensmittelpreise durch eine Verteuerung der Lebenshaltung eine gefährliche Erschwerung der industriellen Produktion bedeuten.“

Die Weltwirtschaftskonferenz bezeichnete es als wichtigste Schlussfolgerung ihrer Arbeiten bezüglich der Handelspolitik, daß der Augenblick gekommen sei, der Erhöhung der Zolltarife ein

Ende zu setzen und sich in entgegengesetzter Richtung zu orientieren. Das müßte geschehen durch entsprechende Arbeit der einzelnen Staaten in bezug auf ihre eigenen Zolltarife, durch wechselseitigen Abschluß entsprechender Handelsverträge und durch gemeinsame Aktion zur Beseitigung übermäßig hoher Zollschranken.

Der Reichswirtschaftsrat ist deshalb der Meinung, daß die deutsche Handelspolitik darauf gerichtet sein muß, Zollherabsetzungen zu vermitteln und überall, wo es die wirtschaftlichen Interessen irgendwie gestatten, die bestehenden Zölle herabzusetzen. Dumping und Monopolmacht sind zu bekämpfen, da sie die günstige Wirkung von Zollherabsetzungen wieder aufheben. Detaillierte Vorschläge für Zollherabsetzungen hat der Reichswirtschaftsrat der Reichsregierung unterbreitet. Er erwartet dabei, daß auch die übrigen Staaten die Nachprüfung ihrer Zolltarife vornehmen und daß im allgemeinen die Auffassung preisgegeben wird, als ob jede Zollherabsetzung ein Opfer an das Ausland sei und als jeder einmal in den autonomen Zolltarif eingefakte Zoll bis zum äußersten verteidigt werden müßte.

Das Wanderungsproblem bleibt in seiner ganzen Schwere bestehen, solange außeruropäischen Ländern die Menschen fehlen, während sie sich in Europa und in Deutschland besonders auf engem Raum zusammenbrängen. Größere Freiheit der Wanderung ist notwendig, für Deutschland außerdem die Gleichberechtigung seiner Menschen in ihrer Arbeit in dem fremden Herrschaft unterliegenden Kolonialgebiet in bezug auf Niederlassung, Betätigung von Handel, Kapital und Schifffahrt, sowie für den Kauf von Rohstoffen und den Absatz von Waren.

Der Reichswirtschaftsrat begrüßt das internationale Abkommen über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote. Er tritt den Auffassungen der Weltwirtschaftskonferenz über die Beseitigung von Kontingenten, schiffsbahnen Zollabfertigungen, sogenannten sanitären Maßnahmen usw. bei. Er stimmt auch der Genfer Entschliessung zu, daß staatliche Unternehmungen, die im Wettbewerb mit privaten Unternehmern stehen, steuerlich nicht bevorzugt werden sollen.

„Dagegen ist eine Sonderstellung staatlicher Unternehmungen, denen besondere Funktionen im Interesse der Gesamtheit zugewiesen werden, unter Umständen geboten und nicht aber im Widerspruch zu den Genfer Entschliessungen stehend zu betrachten.“

Die Vereinheitlichung der Tarife, der Handelsstatistik, freiem Rohstoffverkehr, Meistbegünstigung als Leitfad der Handelspolitik stimmt der Reichswirtschaftsrat zu.

Zur Frage der Rationalisierung unterstreicht der Reichswirtschaftsrat die Mahnung der Weltwirtschaftskonferenz, darauf zu achten,

„daß die Rationalisierungsmassnahmen der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen, die berechtigten Interessen der Arbeiter nicht beeinträchtigen und für die Allgemeinheit eine größere Stabilität der Verhältnisse und eine gehobener Lebensführung gewährleisten.“

Ueber die Kartelle fällt die Weltwirtschaftskonferenz kein abschließendes Urteil. Der Reichswirtschaftsrat geht deshalb auf diese Frage auch nicht näher ein, da sie Gegenstand der Arbeiten der Enquetekommission ist. Er glaubte nur nachdrücklich die Ansicht der Weltwirtschaftskonferenz unterstreichen zu sollen, die eine größere Kontrolle der Öffentlichkeit über die Kartelle verlangt.

Auch die Entschliessungen der Weltwirtschaftskonferenz zur landwirtschaftlichen Frage finden die Zustimmung des Reichswirtschaftsrats. Die Bedeutung der Landwirtschaft wird anerkannt, gegenseitige Abhängigkeit verbindet sie mit Industrie und Handel. Den Hinweisen der Weltwirtschaftskonferenz über Produktionsverbesserung, Markenmarken usw. stimmt der Reichswirtschaftsrat zu. Er weist dabei hin auf die Preispanne zwischen den Preisen, die der Erzeuger bekommt und die der letzte Konsument zahlt, und belegt das mit Zahlenbeispielen betreffend Brot und Fleisch. Der Reichswirtschaftsrat weist auf die hohe Bedeutung des landwirtschaftlichen Schulwesens und die nötige Verbindung zwischen landwirtschaftlichen und Verbrauchergewerkschaften hin. Alles in allem:

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats verurteilt die bisherige Zollpolitik, die der Bürgerblut im Reichstag gegen Treu und Glauben, gegen die Verprechungen der Reichsregierung getrieben hat, in Grund und Boden. Wer vernünftige Handelspolitik und keinen Zollwucher will, wählt deshalb am 20. Mai nicht bürgerlich!

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 19. Woche (6.—12. Mai) fällig. Wir bitten die Kameraden, für pünktliche Beitragszahlung zu sorgen.

Lohnvereinbarung

im Steintohlenbergbau Niedersachsens.

Bezüglich der erhobenen Lohnforderungen wurde folgende Vereinbarung erzielt:

Die Löhne der tariflichen Schichtlohnafel werden ab 1. Mai 1928 im Durchschnitt um 30 Pf. je Schicht erhöht. Die Verteilung der Lohnerhöhung geschieht von den Werkleitungen im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung.

Vom gleichen Zeitpunkte ab wird die nach dem Mehrarbeitsabkommen zu leistende regelmäßige Lohnerhöhung mit 20 Pf. je Stunde für den vollgelohnten Arbeiter über 21 Jahren abgepflegt.

Dieses Abkommen ist erstmalig zum 30. Sept. 1928 kündbar.

Zum Lohnstreit im sächsischen Steintohlenbergbau. Keine Verbindlichkeitserklärung.

In den am 30. April in Berlin stattgefundenen Nachverhandlungen beämpften die Arbeitgeber den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 27. April. Nachdem seitens der Verbandsvertreter kein Zweifel darüber gelassen war, was im Falle des Nichtbestehens eines Lohnvertrages im sächsischen Bergbau entstehen könnte, gaben die Arbeitgeber folgende Erklärung ab: „Im Namen des Arbeitgeberverbandes erklären wir die Annahme des Schiedsspruches für den sächsischen Steintohlenbergbau unter der Voraussetzung, daß eine Kohlenpreiserhöhung festgesetzt wird.“

Bekanntlich hatte dann am 2. Mai der Reichslohnrat über Anträge der verschiedenen Steintohlenreviere auf Preiserhöhung zu beraten und zu beschließen. Unsere Vertreter erklärten daraufhin: „Die Gewerkschaften nehmen die von den Arbeitgebern abgegebene Erklärung zur Kenntnis. Der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung wird aufrecht erhalten, soll aber zunächst ruhen.“

Da inzwischen die Arbeitgeber endgültig angenommen haben, ist der Schiedsspruch für Sachsen durch freiwilliges Zugeständnis der beiden Parteien rechtskräftig geworden.

Die Lohnverhandlungen in Mansfeld.

Nachdem es uns am 3. April gelungen war, für den Ober-Lager Erzbergbau mit den Werkbestreibern eine Vereinbarung zu treffen über die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde für die Lohnerbeiter und eine Lohnerhöhung von 6 Prozent, ist Mansfeld jetzt auf gleichem Wege gefolgt. In einer am 30. April stattgefundenen Verhandlung wurde nachstehende Vereinbarung getroffen:

1. Die anliegende Lohnafel wird zum Vertrag erhoben mit folgender Maßgabe:

- a) die Lohnsätze von 4,45 M. werden auf 4,70 M. erhöht,
- b) die Lohnsätze unter 4,45 M. werden in gleichem Verhältnis erhöht,
- c) die Lohnsätze zwischen 4,45 und 4,65 M. werden auf 4,70 M. erhöht.

2. Die Aufstellung der neuen Lohnafel obliegt den Parteien.
3. Dieses Abkommen tritt ab 1. April 1928 in Kraft und ist mit vierwöchiger Frist auf ein Monatsende kündbar, erstmalig am 31. Dezember 1928.

Der Schlichter hatte unseren Unterhändlern zuerst einen völlig unbefriedigenden Vorschlag gemacht. Die niedrigsten Löhne sollten von 4,20 auf 4,45 M. erhöht werden. Daraus hatten sich sehr ernsthafte Komplikationen ergeben. Nach langen Verhandlungen kam es dann zu vorstehender Vereinbarung zwischen den Parteien. Nach dieser werden die Tariflöhne der am niedrigsten bezahlten Gruppen

von 4,20 auf 4,70 M. erhöht.

Um denselben Prozentsatz erhöhen sich die übrigen Löhne. Ausgenommen hiervon sind die Sauer. Der Sauerlohn erhöht sich von 4,50 auf 5,80 M.

Die Erhöhung der Löhne dürfte sich auf ungefähr 12 Prozent belaufen.

Dieser Erfolg ist in erster Linie dem geschlossenen und disziplinierten Auftreten unserer Mansfelder organisierten Kameraden zuzuschreiben. Mögen die unsern Verbände noch Fernstehenden daraus die richtigen Anwendungen ziehen!

Betriebsratswahlen im Bezirk Lugau.

Die Zahl der gewählten Betriebsvertretungsmitglieder der Arbeiter beträgt insgesamt 69 gegenüber 79 im Vorjahre. Dieser Rückgang ist auf eine Verminderung der Belegschaft von 10 612 im Jahre 1927 auf 9082 im Jahre 1928 zurückzuführen und geht ausschließlich zu Lasten der freien Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften erhielten 68 Mandate (1927: 78), während die christlichen Gewerkschaften wie im Vorjahre 1 Mandat errangen.

Arbeiterchaft und Bildungswesen.

Von J. Triem.

II.

Organisation des Bildungswesens.

Nachdem in einem vorhergehenden Artikel die Bedeutung des Bildungswesens für die soziale Befreiung kurz erörtert wurde, soll nun ein Ueberblick über die Organisation der Arbeiter-Bildungsarbeit gegeben werden. Diese Organisation ist heute sehr verschieden. So erweist sich zum Beispiel in weitem Maße der Staat als Träger der Arbeiterbildung, indem in Volks-, Berufs- und Fachschulen grundlegende und berufliche Bildungswerte vermittelt und darüber hinaus in Volkshochschulen in besonderen Abend- und Wirtschaftsschulen eine politische Erwachsenenbildung betrieben wird. Daneben leisten die Gewerkschaften, wie von jeher, an der Arbeiterchaft eine bedeutende Bildungsarbeit. Parteii- und kulturpolitische Organisationen bemühen sich ebenfalls um die bildende Tätigkeit. In folgendem sollen diese verschiedenartigen Bestrebungen in ihrer Anlehnung an die Ausführenden von Erdmann und Lebert über Arbeiterbildung und Volksbildung kurz betrachtet werden:

Die staatliche Arbeiterbildung.

Im Rahmen der staatlichen Arbeiterbildung muß zunächst die Volksschule erwähnt werden, da deren Einfluß von entscheidender Bedeutung für den Bildungsstand des Arbeiters ist. Die Volksschule, die im 16. Jahrhundert noch ein Anhängel der Kirche und im 18. Jahrhundert eine mangelhafte staatliche Einrichtung war, ist heute nicht mehr im gleichen Maße wie früher eine Schule zweiter Klasse. Sie ist eigentlich heute in den lebendigen Zusammenhang eines Bildungswesens gerückt worden, als grundlegende Bildungsschule für alle Schichten und Vorstufen für eine Reihe neuer Schichten, Berufsschulen, Fachschulen und Haushaltungsschulen. (Lebert.) Trotzdem ist ein weiterer Ausbau notwendig durch Einführung des neunten Schuljahres. Durch diese Maßnahme soll der Arbeitsmarkt jugendlicher Personen erleichtert und die schulentlassene Jugend für den Eintritt in das Erwerbsleben günstiger gestellt werden. Weiterhin ist eine intensive Schulung durch Verknüpfung der Kinderzahl in der Klasse und durch eine bessere Ausbittung der Lehrkräfte zu erreichen. Zum Ausbau der Volksschulen gehört jedoch nicht ein Reichschul-

gesetz, das die Trennung der volkschulpflichtigen Jugend nach Religionsbekenntnissen und Weltanschauungen der Erziehungs-berechtigten zum Grundgesetz erhebt, obwohl in der Reichsverfassung die Weltlichkeit der öffentlichen Schulen anerkannt ist.

Die Berufsschule, die auch im Bergbau eine wesentliche Erziehungskraft der Nachkriegszeit ist, ist für die staatsbürgerliche Erziehung sehr bedeutsam und deshalb ein beachtenswerter Faktor der Arbeiterbildung. Nach einer neueren Statistik wurden jedoch längst nicht alle Jugendlichen von der Berufsschule erfasst. Neben einem weiteren Ausbau ist bei den Berufsschulen die mangelhafte Berufsberatung von Nachteil, indem, wie allgemein beim Bildungswesen, nicht die Fähigkeiten des jungen Arbeiters, sondern der Geldbeutel seiner Eltern und andere Umstände die Berufswahl bestimmen. Gerade die bergmännische Berufsschule wird in ihren erzieherischen Erfolgen dadurch gehemmt, daß unter den herrschenden Arbeitsverhältnissen jüngere Leute nur notgedrungen den Bergmannsberuf ergreifen, wenn sie keine anderweitige Beschäftigung finden. Dadurch wird der Bergbau zu einem Sammelplatz, auf dem sich weniger berufstätige Kräfte in großer Zahl einfinden. Vor allem fehlt in Deutschland noch die reichs-gewerbliche Regelung des Berufsschulwesens, mit der weitere Verbesserungen verbunden sein müssen, die hier nicht näher erörtert werden können.

Neben der Volks- und Berufsschule, die im Zeitalter der Industrialisierung mehr eine zwangsläufige als humanitäre Angelegenheit geworden ist, unterliegt der Staat heute eine Er-wachsenenschule, die man im Gegensatz zur beruflichen als politische Bildung bezeichnen könnte. Diese politische Bildung ist mehr als ein Zufall, wenn man die heutigen Machtpositionen der Gewerkschaften im öffentlichen-rechtlichen Leben berücksichtigt. Man erinnere sich nur — wie im vorigen Artikel bereits erwähnt — der sozialen Selbstverwaltung, an das Betriebsräte-, das Arbeitsgerichts- und das Arbeitslosenversicherungsgesetz und ähnliche Vorschriften, die den Gewerkschaften Mitbestimmungs-rechte sichern. Diese konkreten Aufgaben verpflichten den Staat, die Arbeiterbildung zu unterstützen. Die Art, wie diese Erwachsenenbildung betrieben wird, ist nun sehr verschieden. Es besteht zum Beispiel in vielen Städten Volkshochschulen und Abend-schulen. Diese Einrichtungen verdienen jedoch nicht unsere un-eingeschränkte Anerkennung, da der Beisitzerpreis dieser Schulen sich vielfach zufällig ohne bestimmtes politisches Interesse zusammenstellt und deshalb die Lehrgegenstände mehr persönlicher Lieb-

habereien als einer politischen Arbeiterbildung dienen. Besser sind die Schulen dort, wo unter Mitwirkung der Gewerkschaften eine politische zweckhafte Bildung betrieben wird. So besteht zum Beispiel in Bochum eine Abend-schule, die als Wirtschaftsschule in zweijährigen Lehrgängen Beachtenswertes leistet. Ähnliche Schulen bestehen in Köln und Berlin. Hauptfachliche Bedeutung ist jedoch heute den staatlichen Wirtschaftsschulen in Düsseldorf und Berlin sowie der Arbeiterakademie in Frankfurt beizumessen. Diese Anstalten leisten in neun- und zehmonatigen Kursen an den bewährten Funktionären der Gewerkschaftsbewegung ein wertvolles Stück gründlicher Schulungsarbeit. Voraussetzungen für einen vollen Erfolg ist allerdings die richtige Auswahl der Teilnehmer. Dem Nachweis geistiger Befähigung dazu soll die Teilnahme am Fern-Unterricht erbringen. Die moralische Eignung des Bewerbers muß dagegen von den örtlichen Funktionären erkannt und beurteilt werden.

Die Leistungen dieser Schulen sind bis heute die weitgehendste Sonderart der Arbeiterbildung. Trotzdem kann diese Bildungsarbeit in einem Jahre an den Wirtschaftsschulen nicht die geistigen Grundlagen wie eine mehrjährige akademische Bildung vermitteln. Lebert fordert deshalb eine ausnahmsweise Befreiung des heutigen Berechtigtenwesens (Abiturientenprüfung zum Besuche der Universität), damit den befähigten und bewährten Leuten aus der Arbeiterbewegung der Besuch einer höheren Schule im Anschluß an den Besuch der Wirtschaftsschule ermöglicht wird.

Das freigewerkschaftliche Bildungswesen.

Wenn man unter Bildungsarbeit das Bemühen um Ausflügelung und geistige Schulung der Arbeiterchaft versteht, dann haben die freien Gewerkschaften seit ihrem Bestehen eine Arbeiterbildung betrieben. Die ganze Werbe- und Ausflügelungsarbeit ist ein Stück notwendiger Arbeiterbildung. Entsprechend der Entwicklung der Gewerkschaften haben sich auch ihre Bildungsaufgaben erweitert und vertieft. Heute sprechen wir von einer Waffen- und einer Funktionärbildung, um eine klare Uebersicht über die erzieherische Leistung der Gewerkschaften zu erhalten.

Die Massenbildung, die sich an einen größeren Bevölkerungswinkel vollzieht, heute in schriftlicher, mündlicher und bildlicher Form. Auf schriftlichem Wege vermitteln die Gewerkschaftsblätter durch Herausgabe von Reichsblättern und Blättern ein großes Maß gewerkschafts- und wirtschaftspolitischer Kenntnisse. Die Errichtung zahlreicher Arbeiterbibliotheken ist ebenfalls

Ruhrknappschaff und Krankenhäuser.

Wird die Knappschaff durch den Zweckverband der konfessionellen Krankenhäuser ausgebeutet?

Als nach der Vorstandssitzung der Ruhrknappschaff am 13. April d. J. in dem Bericht über die Vorstandssitzung der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, daß die Ausgabe der Ruhrknappschaff für Krankenhauspflege im vergangenen Jahre 20 730 000 M. betragen hätte und an diese Mitteilung die Bemerkung geknüpft wurde, daß ein Teil der ungeheuren Steigerung dieser Ausgaben nach Ansicht des Vorstandes auf den Mißbrauch der Krankenhäuser durch solche Krankenhäuser zurückzuführen ist, die den Krankenhausaufenthalt der Knappschaffsmitglieder und deren Angehörigen nicht nach der Notwendigkeit der Krankenhausbekämpfung, sondern nach der Zahl der zur Verfügung stehenden Krankenbetten beurteilen, hat der Zweckverband der konfessionellen Krankenhäuser des Ruhrgebietes in der bürgerlichen Presse eine Antwort veröffentlicht, in der er sich über die Bemerkungen des Berichtes über die Vorstandssitzung entäußert und sie als Unwahrheiten bezeichnet. Im „Vöchner Anzeiger“ zum Beispiel stellt der Zweckverband u. a. auch folgende Betrachtungen an:

„Was die Bemerkung über den zu langen Aufenthalt der Patienten in den Anstalten angeht, so konnten wir im Augenblicke alle Anstalten umfassende Feststellungen nicht machen, erklären aber für die Vöchner Anstalten die absolute Unwahrscheinlichkeit dieser Angabe. Wahr ist hier, daß die Kranken sehr oft schneller entlassen werden mußten, als es nach ärztlicher Beurteilung zweckmäßig war. — Schließlich noch die Bemerkung, daß die Krankenanstalten bestrahlt seien, durch die neuen Pflegefälle die aufgeführten Erweiterungsarbeiten in kürzester Zeit zu amortisieren. Wir können dem, der diese Behauptungen aufstellt, nur nahelegen, die Rechnungen der eigenen Anstalten der Ruhrknappschaff einmal einzusehen und sind uns bewußt, daß er, sofern er den Mut zur Wahrheit sich selbst gegenüber hat, dann eines Besseren belehrt ist.“

Im übrigen hat der Zweckverband der Krankenanstalten mit der Verwaltung der Ruhrknappschaff bereits Verbindung gesucht, um festzustellen, inwieweit die letztere an der Veröffentlichung des Artikels beteiligt ist und welche Schritte zu unternehmen sind, daß so vollständig aus den wirklichen Zusammenhängen herausgerissene Dinge nicht wieder zur Irreführung der Öffentlichkeit benutzt werden. Der Zweckverband der Krankenanstalten hat von jeder größten Wert auf verständnisvolle Zusammenarbeit mit allen Stellen, nicht zuletzt auch mit der Ruhrknappschaff, gelegt und wird diesen Grundsatz auch weiterhin befolgen.“

Obwohl der Zweckverband, wie er selbst zugibt, nicht noch prüfen kann, ob die im Bericht erwähnte Bemerkung zutrifft, stempelt er sie von vornherein zu einer Unwahrheit. Das ist ein Verfahren, wie es sonst in existenz nehmenden Ausdrücken nicht üblich ist. Dabei kann ihm das Gegenteil bewiesen werden. Daß ein Mißbrauch vorliegt, ergeben die Versichertenvertreter, wenn sie die Krankenhausbekämpfung der Versicherten in eigenen Krankenhäusern und in Krankenhäusern des Zweckverbandes vergleichen. Danach betrug die durchschnittliche Pflegedauer in den Krankenhäusern der Knappschaff im Jahre 1927 bei den Versicherten selbst 25 Tage, bei den ihrer Familienangehörigen 22,2 Tage und in den Krankenhäusern des Zweckverbandes bei den Versicherten 32 und bei den Familienangehörigen 28,2 Tage.

Die durchschnittliche Pflegedauer für einen Krankenhausaufenthalt war demnach in den Krankenhäusern, die der Knappschaff nicht gehören, gegenüber den Krankenhäusern der Knappschaff bei den Versicherten um 28 Prozent und bei den Familienangehörigen um 27 Prozent höher. Die Pflegedauer mußte aber in den anderen Krankenanstalten im Durchschnitt nicht höher, sondern niedriger sein, weil in die Knappschaffs-Krankenhäuser überwiegend schwerere Fälle kommen, die an und für sich eine längere Pflegedauer bedingen, unter den anderen Krankenanstalten aber eine Unmenge kleiner Anstalten sich befinden, denen nur leichtere Erkrankungsfälle überwiesen werden.

Was die Behauptung des Zweckverbandes anbelangt, daß in seinen Vöchner Anstalten die Patienten schneller entlassen wurden als nach ärztlicher Beurteilung zweckmäßig war, so muß hierzu bemerkt werden, daß sie nicht zutrifft. Es sei nur ein typischer Fall aus dem Elisabethkrankenhaus angeführt, der das Gegenteil beweist: Ein 44-jähriges Knappschaffsmitglied W. K., das am 18. 2. 1927 an Grippe und Entzündung einer Fußsohle erkrankte und am 26. Februar dem Elisabethkrankenhaus überwiesen wurde, blieb dort bis zum 10. August 1927, obgleich es nur einige Zeit bettlägerig war, da das Fieber bereits Ende Februar verschwunden. Erst als das Mitglied von einem Knappschaffsarzt untersucht wurde, ob es berufsuntfähig sei, und gar kein Befund einer Krankheit gemacht werden konnte, ist es aus der Krankenhausbekämpfung entlassen worden. K. wäre freiwillig nicht so lange im Krankenhaus geblieben, wenn er nicht der Auffassung gewesen wäre, daß er im Krankenhaus eher als beim Revierarzt zum Invaliden ausgerufen könnte.

Das Mitglied brachte also 166 Tage, oder fast volle 21 Wochen im Krankenhaus zu. Die Knappschaffs-Krankenkasse hatte in diesem Falle an Krankenhausbekämpfung 731,40 M., an Hausgeld 282,20 M., insgesamt 1017 M. zu zahlen. Daß diese Summe kein Pappenstiel ist, sondern, wenn sie in tausenden solcher Fälle gebraucht wird, in die Millionen geht, das ist erklärlich. Erklärlich ist denn auch, warum die Ausgabe 1927 allein für Mitglieder auf das Dreifache der Ausgabe von 1913 stieg, obgleich die Zahl der Mitglieder der Krankenkasse 1927 geringer als 1913 war. Der höhere Pflegefuß allein hat es nicht bedingt.

Daß bereits mit den Ueberweisungen ins Krankenhaus Mißbrauch getrieben wird, sei mit folgenden Feststellungen bewiesen: Ein Teil der bei der Ruhrknappschaff zugelassenen Ärzte wirkt gleichzeitig als Krankenhaussarzt in kleineren Krankenhäusern. Als die Ruhrknappschaff kürzlich die Ueberweisungen von Patienten dieser Ärzte an die Krankenhäuser mit den Ueberweisungen solcher Ärzte verglich, die keine Krankenhaussärzte sind, nur 8,7 Prozent. Das gleiche Verhältnis ergibt sich auch für den Monat Februar. Die Ärzte, die gleichzeitig Krankenhaussärzte sind, überweisen also fast doppelt soviel Kranke in Krankenhäuser wie die anderen Ärzte. Daß der Knappschaffsvorstand auch diesem Mißstand mit aller Energie entgegenzutreten wird, das kann ihm keiner verdenken.

Die Entrüstung des Zweckverbandes darüber, daß die Zahlen über die Ausgabe an Krankenhausbekämpfung veröffentlicht und einige Bemerkungen daran geknüpft wurden ist wenig angebracht. Seine Drohung, bei der Verwaltung der Ruhrknappschaff anzufragen, ob sie an der Veröffentlichung der Zahlen beteiligt sei, wird die Versichertenvertreter wohl kaum lange machen. Die verständnisvolle Zusammenarbeit, auf die er hinzuvellen beliebt, kennt ein großer Teil der Versichertenvertreter aus der letzten Vergangenheit nur zu gut. (Siehe Sinterreibung des Hauses des Knappschaffs-Krankenhauses in Bottrop!) Wenn er auch glaubt, daß gegenwärtig noch die beste Zeit ist, aus den Bergarbeitern soviel als möglich herauszuschlagen, weil seine Freunde in Berlin noch an der Macht sind, so wird er doch wohl gütigst gestatten, daß die Bergarbeiter sich wenigstens wehren, wenn ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird. Denn daß ihm wohl doch auch klar, daß wenn die Knappschaff 5—8 Millionen M. an Krankenhausbekämpfung zuviel zahlen muß, diese Summe den Bergarbeitern vom Lohn abgezogen wird.

Wenn die Bergarbeiter ihre Löhne um einige Prozent erhöht wünschen, dann werden Gutachten über Gutachten angefordert und Hinz und Kunz regen sich darüber auf; wenn aber andere ihre Preise erhöht haben wollen, dann teilen sie nur mit, daß von dem Tage an der Preis so und so hoch sei und daß er gezahlt werden muß. (Siehe Erhöhung des Pflegefußes durch den Zweckverband!) Das Bestreben, in einem solchen Falle selbst die Kritik des Betroffenen zu unterbinden, ist anmaßend und muß ganz entschieden zurückgewiesen werden.

Grubenunglück in Marienstein.

Der bei dem Unglück auf der Grube Marienstein am 25. April schwerverletzte Bergarbeiter Gabriel Legath ist am 26. April, abends, seinen Verletzungen erlegen und sind somit alle sieben Kameraden, die sich auf dem Fördergerippe befanden, dabei zu Tode gekommen. In der gesamten bürgerlichen Presse wurde die Meldung von der Grubenkatastrophe mit dem Vermerk mitgeteilt, daß die Verunglückten verbotswidrig in einem Bremsberg gefahren seien. Danach sollen also die Verunglückten schuld sein.

Wir fühlen uns jedoch verpflichtet, demgegenüber die Verhältnisse auf dem Unglücksort etwas näher darzulegen. Die Grube Marienstein hat nur einen Fördergerippe von 80 Metern Teufe. Von hier und bis zur 80-Meter-Sohle findet die Seilfahrt statt. Von hier aus baut die Grube mittels Seilen das tiefer liegende Grubenfeld ab. Die Kameraden mußten den Weg in die weitere Tiefe auf der Fahrt bis zu 400 Meter zurücklegen. Die Verunglückten waren im Gesen II vom dritten zum vierten Tiefbau beschäftigt. Der normale Weg zum Fördergerippe für die Verunglückten wäre 100 bis 120 Meter Steigüberbau und 700 Meter Motorstrecke auf der 80-Meter-Sohle gewesen. Da der Steigüberbau neben der Bremse vor sieben Monaten zu Bruch gegangen und nicht wieder aufgebaut wurde, hätten die Verunglückten, um zum Fördergerippe zu gelangen, zuerst 100 Meter heruntersteigen, dann 700 Meter durch die Grundstrecke der vierten Tiefbaufolge gehen und hier wieder 200 Meter hinaufsteigen müssen. Einziges Tage vor dem Unglück war aber in der Grundstrecke ein Bruch von etwa 15—20 Meter entstanden, den zu übersteigen ebenfalls

mit großer Gefahr verbunden war. Wenn man weiter bedenkt, daß die Bedinge dort niedrig bemessen sind, daß die Kameraden neugierig sind, bis zur letzten Minute vor Ort zu bleiben und auch dann nur einen Lohn verdienen, der unter dem Lohn anderer Industriebetter liegt, die nicht gezwungen sind, unter so gefährlichen und gesundheitschädlichen Bedingungen ihre Arbeit zu verrichten, wird man verstehen, daß die Bergarbeiter, wenn er Schlicht hat, bestrebt ist, so schnell als möglich an die Oberfläche zu kommen. Wir sind der Auffassung: wäre der Fahrüberbau in Ordnung gewesen, wir hätten die sieben Toten nicht zu beklagen. Unverständlich ist es uns, wie die Bergbehörde, so wie die Verhältnisse an der Unglücksstelle liegen, es dulden konnte, daß der zu Bruch gegangene Fahrüberbau nicht wieder aufgebaut wurde. Es wird uns auch mitgeteilt, daß die Zimmerung in der Motorstrecke auf der 80-Meter-Sohle, besonders die ersten 200 Meter, sehr schlecht seien. Wir hoffen aber, daß die Bergbehörde, die ja in der letzten Zeit eingehend die Grube besichtigt, diesen Zustand gesehen und dafür gesorgt hat, daß es geändert wird, ehe es zu spät ist.

Reichsarbeitsgericht gegen Grubenbarone

Am 30. April beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht mit einem wichtigen Rechtsstreit des Mühlheimer Bergwerksvereins u. G. gegen ihr Betriebsratsmitglied R. in Mülheim. Der Arbeiter R. klagt auf entgangenen Arbeitsdienst, der ihm von der Firma einbehalten wurde. In dem Betriebe der Firma besteht die Abmachung, daß die Steigerreviere viermal in einem Monat von den Betriebsratsmitgliedern besichtigt werden, um etwaige Mängel abzustellen. Für das weitere Befahren muß die Genehmigung des Betriebsausschusses eingeholt werden. Im Juni 1927 fand sich zur Kontrolle ein Bergwerksrevierinspektor ein. Das Betriebsratsmitglied R. schloß sich zur Führung dem Kontrollen an und wies ihn auf die bestehenden Mängel in den Revieren hin. Die Firma war über die Pflichterfüllung ihres Betriebsratsmitgliedes so entrüstet und empört, daß sie ihm die Stunden nicht bezahlte, in denen die Führung stattfand. R. klagte gegen die Firma. Das Arbeitsgericht entschied zugunsten des Klägers. Gegen das Urteil legte die Firma Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht in Duisburg verwarf die Berufung. Um eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, wurde von der Firma das Reichsarbeitsgericht angerufen. Die Beklagte macht in ihrer Revision geltend, daß R. ohne Befragen der Firma den Kontrollen auf dem Wege begleitet habe. Gleichzeitig verstoße diese Handlung gegen die Abmachung mit der Firma, die in einem Monat nur vier, nicht aber fünf Kontrollen in ihren Revieren vereinbart habe. Das Reichsarbeitsgericht wies die Beklagte mit ihrer Revision ab. Das Betriebsratsmitglied R. war berechtigt, den Grubenkontrollen auf die Mängel in den Bergwerksrevieren hinzuweisen. Da auch der Arbeiterschaft gesundheitliche Gefahren drohten, war die Befragung um so berechtigter. Eine Pflichtverletzung sei in dieser Hinsicht nicht zu erblicken. Die Firma hat deshalb auch den entgangenen Arbeitsdienst des R. zu zahlen. Auch werden den Beklagten die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreits aufgelegt.

Arbeiter auf Ferien.

In den letzten Wochen sind wohl in den meisten Betrieben und Bureaus die Urlaubszeiten festgesetzt worden. An alle Arbeiter, Angestellte und Beamte tritt jetzt die Frage heran: Wie nutze ich am besten meine Ferien aus? Gerade wer mit der Ferienszeit und mit dem Geldbeutel so knapp gestellt ist wie der Schaffende aller Stände, muß besonders sorgfältig prüfen, wie er seine Ferien in der besten Weise verbringt.

Aus dem Gedanken, den Ferien der Arbeiterschaft einen wertvollen Inhalt zu geben, ist in den letzten Jahren die Arbeiterreisebewegung entstanden und hat immer mehr Anhänger gefunden. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet gemeinsam mit dem Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig Ferien- und Studienreisen, die eine ständig wachsende Teilnehmerzahl aufweisen. Auch in diesem Sommer sind eine Anzahl schöner interessanter Reisen ins Inn- und Ausland vorgesehen, u. a.: Paris, an die Riviera, Dalmatien, Südschweizer Seen, Dänemark, Schweden-Finnland, in das Salzammergut, nach Oberbayern-Nordtirol, an den Rhein sowie an die Nord- und Ostsee. Für jeden Geldbeutel sowie für kürzere und längere Dauer sind diese Reisen zusammengestellt. Die Kosten für diese Reisen können in bequemen Monatsraten zusammengefaßt werden. Wer das Geld für eine Reise in diesem Sommer nicht mehr aufbringen kann, dem kann jetzt schon ein Reisesparkonto für eine der im nächsten Jahr stattfindenden Reisen angelegt werden. Außerdem gibt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit unter dem Titel „Reiseblätter des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit“ eine reich illustrierte, gut ausgestattete Reisezeitung heraus, die vierteljährlich erscheint und 1 M. pro Jahr kostet. Das ausführliche Reiseprogramm, das eine Beschreibung der Reisen nebst Reisebedingungen enthält, kann mit einer Probenummer der Reisezeitung gegen Einsendung von 35 Pf. durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Weststr. 68, Lindenstraße 3, bezogen werden.

eine nicht unbedeutende Leistung der Gewerkschaften. Die mündliche Aufklärung vollzieht sich zumeist in Versammlungen und Konferenzen. Die Zahl dieser Veranstaltungen geht allein bei unserem Verband jährlich in die Tausende. Eine neue Möglichkeit mündlicher Beeinflussung der Arbeitermassen hat die Entwicklung des Rundfunks mit sich gebracht, die bis heute für die gewerkschaftliche Arbeiterbildung nur ungenügend ausgenutzt werden konnte. Jüngeren Datums ist in der Bildungsarbeit auch die Schulungsart durch Lichtbild und Film. Hierbei hat man auch bei der gewerkschaftlichen Schulung beachtliche Ansätze zu verschaffen, die weiter ausgebaut werden müssen, da eine bildliche Darstellung viel intensiver und nachhaltiger wirkt als ein mündlicher Vortrag.

Die Funktionärbildung der Gewerkschaften zur verantwortlichen Mitarbeit in den Organisationen und zur Ausübung der gewerkschaftlichen Vertretung in den verschiedensten Körperlichkeiten hat besonders in der Nachkriegszeit tiefgreifende Wandlungen erfahren. Von der Arbeit der einzelnen Verbände sind zunächst die Konferenzen und Kurse in den Verbandsbezirken als üblichste Form zur Schulung zu erwähnen. Weitergehende Bildungsbedürfnisse haben jedoch diesen Rahmen gezwungen, indem bereits einzelne Verbände (Metallarbeiter und Fabrikarbeiter) eigene Schulen errichtet haben mit dreibis vierwöchigen Kursen. Aber nicht nur die Verbände lassen sich diese Arbeit angehen sein, auch der DGB. bemüht sich schon Jahrzehnte, durch örtliche und zentrale Veranstaltungen um die Heranbildung der Funktionäre. So fanden zum Beispiel bis zum Jahre 1914 durch die Gewerkschaftskommission 22 Lehrgänge statt. In der Nachkriegszeit wurde durch Errichtung der erwachsenen neuen Bildungsstätten in Verbindung mit dem Staat diese zentrale Arbeit umorganisiert. Auch die Bildungsarbeit der Ortspartelle wurde in den letzten Jahren in intensiverem Maße betrieben. Ein weiterer Ausbau und eine vorläufige Fundierung dieser gewerkschaftlichen Schulungsarbeit wird mit der Errichtung zweier Bundeszentralen, die zu dreibis vierwöchigen Kursen ehrenamtliche Funktionäre der einzelnen Verbände aufnehmen sollen, gegeben sein.

Die freie Volksbildungsarbeit.

Von den partei- und kulturpolitischen Organisationen, die eine Volksbildung betreiben, verdient zunächst die Gesellschaft für Volksbildung erwähnt zu werden. Diese Vereinigung

wurde 1871 in Berlin gegründet und war ursprünglich fast auf die Bekämpfung sozialistischer Bestrebungen eingestellt. Später hat man sich zur religiösen und politischen Neutralität bekannt. Heute veranstaltet und vermittelt die Gesellschaft naturwissenschaftliche und künstlerische Vorträge und betätigt sich auf dem Gebiete des Bücherwesens.

Die stärkste Zentralfunktion findet sich in dem katholischen Volksbildungswesen. Seit dem Jahre 1919 sind sämtliche auf diesem Gebiete tätigen Vereine der katholischen Arbeiter, Arbeiter, der erwerbstätigen Frauen, Kaufleute, Beamten usw., die Vereine und Bünde, die zur Pflege der katholischen Presse, des Theaters, der Bildereien, der Kirchenmusik usw. errichtet worden sind, zusammengefaßt in dem „Zentralbildungsausschuß der katholischen Verbände Deutschlands“, der in Köln seinen Sitz hat. Im ganzen sind 29 Verbände in dieser Spitzenorganisation vereinigt, deren Aufgabe, die geschlossene Vertretung der katholischen Bildungsorganisationen nach außen und deren gegenseitige Förderung ist. Auch der bedeutendste und in seiner pädagogischen Haltung der neuen Richtung der freien Volksbildung zuzurechnende „Volksverein für das katholische Deutschland“ (gegr. 1890) gehört dem Zentralbildungsausschuß an. Der Volksverein sieht seine Aufgabe in der „Förderung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft, insbesondere der Belehrung des deutschen Volkes über die aus der neuzeitlichen Entwicklung erwachsenen sozialen Aufgaben und der Schulung zur praktischen Mitarbeit an der geistigen und wirtschaftlichen Hebung aller Berufsstände“. Er will die Katholiken „mit der modernen Wirtschaft, dem modernen Leben und dem modernen Staat vertraut machen“. Nicht zuletzt galt seine Tätigkeit auch der Arbeiterbildung. In seinen sozialen und volkswirtschaftlichen Kursen, die zehn Wochen dauerten, ist die Führerschaft der christlichen Gewerkschaften herangebildet worden. Als Träger der Arbeiterbildung kommt neben ihm und den christlichen Gewerkschaften auch der „Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands“ in Betracht, der Kurse für Arbeiterführer veranstaltet. Der Volksverein ist in den ganzen Jahrzehnten seiner Wirksamkeit für das gesamte katholische Bildungswesen von entscheidender Bedeutung gewesen und behauptet auch heute noch diese Vorrangstellung.“ (Leipart, Erdmann.)

Wenigstens der katholischen Bildungsarbeit versucht man auch von evangelischer Seite Volksbildungsarbeit zu betreiben. Zu diesem Zweck hat man 1920 den evangelischen Volksbildungs-

ausschuß ins Leben gerufen. Ihm gehörten 1926 15 Volkshilfsbildungsausschüsse an. Ferner standen 38 Heim- und Abendvolkshochschulen in näherer Beziehung zu der evangelischen Bildungsorganisation, die auch das Film- und Rundfunkwesen sowie alle modernen Bildungsmöglichkeiten pflegt.

Die sozialistische Bildungsarbeit findet ihre zentrale Organisation im Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der seit 1906 besteht. Im Gegensatz zu den vorgenannten Organisationen, die die Arbeiterbildung als eine Teilaufgabe betrachten, will die sozialistische Organisation sozialistische Schulung ihrer Mitglieder. Als Mittel dazu dienen Wander- und Ferienkurse, eine Lichtbild- und Filmverleihung, Pflege einer eigenen Festkultur usw. An Schuleinrichtungen ist die freie sozialistische Hochschule zu erwähnen, die 1926 an Stelle der Parteischule in der Vorkriegszeit getreten ist. Erwähnenswert ist ferner in diesem Zusammenhang die sozialistische Heimvolkshochschule Linz, die regelmäßig viermonatige Kurse veranstaltet.

Zu der Organisation des Arbeiterbildungswesens und deren vorstehend erwähnten Einrichtungen wäre noch sehr viel zu sagen. Trotz dieser knappen geäußerten Darstellung läßt sich eins klar erkennen: Wie auf wirtschaftlichem und politischem, so hat die deutsche Arbeiterklasse auch auf dem Gebiete des Bildungswesens wesentliche Fortschritte erlangt. Der heutige Zustand ist gewiß nicht ideal zu nennen, da in der Regel der Geldbeutel den Bildungsgang des Einzelnen bestimmt. Trotzdem bleibt es ein dauerndes kulturelles Verdienst, daß die organisierte Arbeiterschaft das frühere Bildungsmonopol der Besthenden durchbrochen und die geistige Armenpflege durch eigene Schulungsstätten ersetzt hat. Der gewerkschaftspolitische Kampf steht in enger Wechselbeziehung zum Bildungsweien, da mit der gewerkschaftlichen Machterweiterung zugleich ein Ausbau des Bildungswesens verbunden war.

Die Förderung des Bildungswesens wird deshalb im Kampfe um weiteren Fortschritt eine wichtige Angelegenheit bleiben. Neben den erwähnten Reformen wird insbesondere von freigeberlichem Standpunkte aus eine bessere Zusammenarbeit mit nahestehenden Organisationen notwendig sein, um die Zersplitterung von Kräften durch ein Nebeneinanderarbeiten zu vermindern. Die ersten Schritte auf diesem Wege sind bisher örtlich teilweise durch die Gründung von Kulturpartellen und zentral durch die Schaffung eines sozialistischen Kulturbundes gegangen worden.

Haus und Leben

Der Kumpel im Wahlkampf.

Der Kumpel! Er hat Augen so blau wie die See. Aber es schäumt was drin, es funktelt was drin — im Auge des Kumpels blinkt Energie. Was will denn die Energie des Kumpels? Der Kumpel will sich durchsetzen, seine Eigenpersönlichkeit soll gelten, er will sein Werk anerkannt sehen, seine Familie will er anständig ernähren, ab und zu will er auch mal 'n bisschen frei sein: mit der Jugend hinaus wandern zu Mutter Wein, um das eigene Herz mit den Schwalben fliegen zu lassen, um den Blumen tief ins Antlitz zu schauen, um dem heiligen Rauschen der Eichenwälder zu horchen, um auf der rotblühenden Heide so frei zu fühlen — na, wie denn? — so frei wie Bruder Wind. Das alles will der Kumpel.

Aber wie kann ein einfacher Kumpel in dieser Kapitalwelt, in der die Reichen alle Besitz- und Bildungsmonopole in Händen und im Kopfe haben — wie kann in dieser ungerechten Welt der Klassentrennung sich ein einfacher Kumpel denn überhaupt durchsetzen? So: durch Zusammenschluß! Gewerkschaft und Partei: das sind die beiden Schlüssel, die zu allen Gartentoren der schönen Welt passen. Der Welt der Gemeinsamkeit, der sozialen Welt!

Zusammenschluß! Das ist es, worauf die Energie des blühenden Kumpels sich richtet. Zusammenschluß: Kopf gesenkt und Sturm gelaufen gegen die Bastillen der Herrenmenschen.

Alles antreten! Wie stark sind unsere Armeen? Immer noch nicht stark genug, um auf den Parlamenten die sozialen Banner alleine flattern zu lassen. Aber zumindest soll auf die Parlamente hinaus die Flagge der Republik: Schwarzrotgold soll wehen zur Seite des blütenroten Sozialistenschutes. Dafür gilt es zu werben. Darum geht der Wahlkampf!

Der Kumpel weiß: eine starke Arbeiterfraktion in den Parlamenten — die gibt ihm, dem Arbeiter der finsternen Tiefe, ein wenig Licht mit auf die Fahrt! Ein gutes Licht, ein immer mehr wachsendes Licht, ein proletarisches Licht, ein kleines Freiheitslicht. Im Rahmen der Allgemeinheit weiß der Kumpel seine Eigenpersönlichkeit am besten gewahrt, mit der Allgemeinheit schreitet der Kumpel hunderttausendmal besser, als wenn er einsam marschierte. Und aus diesem Wissen heraus ist der Kumpel eben Sozialist, spielt in seinem feblauen Auge die funkelnde und werbende Energie: Kameraden, wählt Sozialist!

Werben: überall, wo du gehst, steht und schläfst. Werben — wo du schläfst? Ei, gewiß doch, du schläfst doch in einem Hause, in deiner eigenen Wohnung — und in dieser Wohnung haufen doch auch dein Weib, deine erwachsenen Kinder, Opa und Oma. Und bei all diesen Hausgenossen fängt des Kumpels Werbung an! Ich habe gesagt: fängt des Kumpels Werbung an. Springt dann aber hinüber ins Nachbarhaus — Fremdel, beim Kampf ums Parlament geht es um unsere eigene Angelegenheit, wählt Sozialisten, dann werden die Zeiten für den armen Mann besser, zumindest um einige Lot. Ich verspreche euch nicht das Blaue vom Himmel herab, aber das Blau meiner Augen bürgt euch für die Treue meiner Worte.

Und der Kumpel wirbt für die soziale Volksidee: wenn er im Laden keine Zigarre kauft. Und fährt er mit der dumpygrollenden

Bahn auf Grube: hin zur Grube, dann läßt der Kumpel mit jedem blauen Hauch aus seiner Kehle auch einige Werbungs- worte für den Sozialismus fallen. Feuer, Rauch und Idee: das paßt schön zusammen!

Und drinnen, tief im Eingeweide der Mutter Erde drin — da schließt und bricht und schlürft der Kumpel nicht nur die Kohle: nein, auch im Wirt geht die Werbung weiter! Was, du willst die Schwarzen wählen? Mensch, wähle du die Morgenröte ins Parlament: Sozialismus!

Und du: du wolltest „kommunistisch“ wählen? Kerchen, hast du denn kein Hirn im Schädel?, und hast du keine Leuchte unter der Strümpfe? Siehst du und merkst du denn nicht, wie die sich fälschlich „kommunistisch“ behelfenden Moskauer mit den Todfeinden der Arbeiterklasse Hand in Hand gehen? Mit den Deutschnationalen! Bolschewismus mag für Rußland eine notwendige Entwicklungsphase sein — aber deutsche Entwicklung läuft anders als russische Entwicklung. Bei uns hat Erfolg nur die Demokratie! Mit Diktatur kämen wir selbst unter die Diktatur, die Herrschaften von rechts warten nur auf unsere „diktatorischen“ Dummheiten. Wir tun ihnen aber nicht den Gefallen, wir überwinden sie im Geiste: wählt sozialistisch!

Kameraden, agitiert für den Verband!

Und du, Kamerad, du bist Anarchist? Sind wir alle. Anarchismus heißt — Schrankenlosigkeit. Schrankenlos sein ist unser Bestes — im Gefühl, aber fürs Gesellschaftsleben wäre Gefelslosigkeit oder Anarchismus der Untergang der Gesellschaft. Wählt sozialistisch! Dann baut ihr die Gesellschaftsformen um: Stein für Stein, Treppe für Treppe: langsam den Turm vollenden — obendrauf unser Herz als rotes Flaggentuch, bestickt mit Gold: von den Händen unserer Frauen und Töchter bestickt, dieses steht golden am roten Turmbanner: Liebe, Freiheit, Freundschaft!

Der Kumpel steht oben am Turm, sein blaues Auge blickt hin über die Länder Europas, er sieht keine künstlichen Grenzen mehr, dem europäischen Zollverein folgte sehr schnell der Staatenbund des neugeborenen Abendlandes!

Und weiter und weiter schaut der Kumpel, her von seinem Idealismus der Energie; er schaut hinweg über die blauen Ozeane, er sieht Afrika, Amerika, Australien, Asien: und überall winken Bruderhände, von überall her grüßt der singende Schwestermund: Sozialismus rings um die Welt!

Solche Gedanken gehen durch des Kumpels Hirn: da er den mechanischen Bohrer stählern auf Stein und Kohle wirbeln läßt — Werbung im Wirt, Werbung auf der Straße, Werbung im Haus: es geht ums Ganze! Dieser Wahlkampf bringt uns größere Rechte und hellere Freiheit; er muß sein ein Baustein am neueren Europa. Alle Winde blasen ins freie rote Difthorn, höret — höret: Wählt Rot, wählt Feuerlilien, die Parlamente sollen rot umwandeln sein: Gärten der Liebe, Gärten der Freundschaft! Dem Sozialismus beugt sich die Welt! Die Allgemeinheit ist ein Kerzenhalter, in dem die Kerze deiner Eigenpersönlichkeit am sichersten brennt. Hoi, der Wind bläst die Kerze der Fackel! Brenne, Kumpel, deine Freiheit will blühen!

Max Dortu.

Wahlkampf und Religion.

Sobald eine Wahl vor der Tür steht, muß die Religion dem Bürgertum als Mittel zum Zweck dienen. Dann sucht man die religiös fühlenden Arbeiter durch den Hinweis auf die „Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften“ einzuschüchtern und sie vor der Wahlparole der freien Gewerkschaften zu erschrecken.

Ist aber jemals von uns ein gehässiges Wort über Religion gesagt? Von uns, denen das heilige neue wirtschaftliche Ziel einer Gemeinschaft geradezu die praktische Verwirklichung religiösen Fühlens bedeutet?

Es geht uns um einen geschlossenen Kampf der Unterdrückten und um ein schönes neues Ziel des Menschengeschlechts. Und je mehr jemand in dieses wirtschaftliche Ringen um eine neue Form der Menschheit sein ganzes innerliches Fühlen und Glauben hineinlegt, um so stärker scheint uns die Kraft und das Wollen und der Erfolg zu sein.

Religion, sagt man, heiße Verbindung, weil es von dem lateinischen Worte „religare“ (verbinden) kommt. Du bist, wenn du religiös bist, verbunden. Mit Gott als Christ. Mit dem Naturlebendigen als Pantheist. Jedenfalls verbunden in deiner Seele, wie du auch fühlst. Kann es da wohl ein religiöseres Ziel geben als das der freien Gewerkschaften, die da eine Gemeinwirtschaft erstreben, daß nicht mehr der Mensch zerissen und losgerissen vom Menschen ist, sondern alle vereint sind in einer Gemeinschaft eines Zieles und eines Sinnes?

Welch ein tiefer religiöser Grundgedanke durchheilt dieses unser Sehnen! Gemeinschaft soll sein! Liebe soll die Seele der Ordnung werden! Alle Menschen sollen einander verbunden sein, daß „Verbindung“, daß Religion das praktische Leben werde!

Glaubst du an Gott? Dann mußt du auch an seine Herrlichkeit in einer neuen Verbindung der Gemeinschaft glauben! Und kämpfe! Weil man dich bekämpft. Und dich mit deinen Arbeitsbrüdern und Arbeitsgeschwestern geschlossen stemmen gegen die Knechtschaft!

Nicht Religion ist das Trennende. Der Mammon trennt. Der Kapitalismus zerstreut. In Herren und Knechte. In Götzen und Mammons-Götzenbienen. Aber Gott willst du dienen. Und der spricht nur aus einer freien menschlichen Seele frei.

Du siehst vielleicht, wie Arbeitsbrüder spotten? Ach, es ist Verzweiflung, die sie treibt. Schau in die Seele des Volkes, und du findest einen tiefen, tiefen Glauben dort. Weran? An das Gleiche, an das du glaubst.

Namen mögen uns trennen. Das Gefühl aber ist gleich bei dir und bei mir. Denn bei dir und bei mir ist Sehnen nach Liebe und Güte und Menschlichkeit. Und Gütlichkeit.

Welche Religion wir auch haben: sie zwingt, wenn sie heilig und tief ist, zur freigewerkschaftlichen Tat. Reißt doch die Hütten der Armut und die Schlote der Knechtschaft nieder, daß die Welt zum Dome deiner und meiner Gottheit wird!

Dr. Gustav Hoffmann.

Die Zeche.

Ei, als Kind, wenn ich nachts nicht schlafen konnte, stand ich am Fenster. Ich ließ die laue Sommerluft herein ins Zimmer wehen und schaute hinüber zur Zeche. Im Dorfe regte sich kein Laut, es und zu nur erklang das Horn des Nachtwächters. Aber auf der Zeche war niemals Ruhe. Da zischten und brodelten die Dämpfe aus dem Kesselhaus. Die Brückpresse klapperte laut durch die Nacht. Der hohe Förderurm ragte in die Luft wie eine riesige Silhouette. In endloser Reihe zogen die Wagen der Förderbahn in die Tiefe. Ich sah die Schienen im Licht der Wagenlampen glitzern. Ein Wagen kam, dunkel undeutlich zu erkennen, ein kleines Licht an der Stirnseite. Plötzlich — das Licht verschwunden. Der Wagen war in die Tiefe gefahren. Dort unten war der Vater. Fast alle Männer des Ortes waren dort unten. Sie schufteten im Schweiß ihres Angesichtes, sie waren ausgemergelt und hohlwändig. Sie waren nur mit der Hope bekleidet, Schweiß mit Kohlenstaub vermischt rann über ihren nackten Körper. Und für wen schufteten sie so bei allerfährlichstem Lohn? Für den Profit, für die Zechenherren!

Wenn der Morgen graute, zogen die Bergleute nach Hause. Still und wortlos schritten sie die Landstraße entlang. Den Rücken gebeugt von jahrelanger Arbeit, an der Seite die Ledertrage für den Brotvorrat. Die Alten stützten sich müde auf die Stöcke. Schwermüde. Endlich wieder mal schlafen! Graufame Enttäuschung! Wer kann an einem heißen Sonntag schlafen? Wenn die Kinder lärmen, das Bett der Hitze wegen nicht zu benutzen ist, wenn draußen Automobile und Marktfuhrwerke vorbeifahren. Und dann — am späten Nachmittag, wenn die Sonne endlich nachgibt, wenn der müde Körper in kurzen Schlummer fällt: dann muß der Bergmann wieder zur Nachtschicht.

So fraß die Zeche Gesundheit und Leben unserer Väter — und später holte sie uns. Sie war ein raffgeriges, unerträgliches Ungeheuer. Sie fraß den Bauern das Land, ihr Unflat vergiftete die Luft. Und nie war sie satt zu riegen. Ihre Sklaven durchwühlten die Eingeweide der Erde. Kohle wollten die Grubenbarone haben. Kohle, damit die Dampflokomotiven fliegen. Da, wenn die Schornsteine rauchen, soll auch der Profit klettern!

Und weiter zermalmte die Zeche das Land, das Volk — war sie ein Wesen von Fleisch und Blut, das mit unerbittlicher, gefehmähiger Gier das Land umfrachte. Die Erde ächzte auf. Wälder verankerten. Brachfelder dehnten sich weit ins Land. Kein Korn, keine Kartoffel wuchs darauf. Sowieit das Auge reichte, war hohes Gras, dazwischen die Wunden der Erde: tiefe Löcher, Brüche genannt, oft zehn und zwanzig Meter tief. In regnerischen Zeiten sammelte sich das Wasser darin. Frische quakten am Abend in den Wasserlöchern. Wolke und Froschsalz am Abend im Gump. Tagüber brannte die Sonne darauf. Gestank verpestete die Umgebung. Alles — alles für den Profit!

Und weiter griffen die Holzpenarme der Zeche. Kiefige Schutthalben türmten sich auf. Alles Erde, die die Bergleute aus der Tiefe geharrt hatten. Sieß das liebliche Dorf! Seine altersgraue Kirche, die wendischen Bauernhäuser! Der von Lindenbäumen überschattete Friedhof! Sieh die kleine Schule, sieh den Obstgarten daneben den Stolz des Dorfschulmeisters! Wenige Jahrzehnte

noch und all die heitere Schönheit ist nicht mehr. Dann hat die Zeche das Dorf verschluckt. Schon sind die Bauern abgefunden. Sie bauen nur noch die Acker auf Widerruf. Wenige Jahre noch — und dort, wo jetzt das Dörfchen steht, dehnt sich ein neues Brachfeld. Wieder werden Kohlen der Erde geraubt, neue sinnreiche Maschinen wird man bis dahin erfunden haben, um die Handarbeit des Bergmanns überflüssig zu machen. Neuen Profit werden die Berggewaltigen einstreifen.

Der Weg der Zeche ist der Weg des Unglücks für die Arbeiterschaft. Und doch brauchen sie das gefräßige Ungeheuer, um nicht zu verhungern.

Es gibt Erlebnisse, bittere Erlebnisse aus der Vergangenheit, die uns stets gegenwärtig in der Seele stehen. Und ein solches Erlebnis, das mit rauher Gewalt die Kinderträume zerrißt und die brutale Wirklichkeit offenbart, steht immerdar in meiner Jugenderinnerung. Ich mochte damals etwa zehn Jahre alt gewesen sein. Es war eine Zeit der Feuerung. Kaum konnten die abgegarbten Frauen der Bergleute für den färglichen Lohn das hübsche Margarine oder Leinöl für den Hausbrot kaufen. Die Kartoffeln waren im Keller erfroren. Es war ein harter Winter. Da wählten die verzweifenden Bergarbeiter eine Abordnung aus ihrer Mitte. Die sollte dem Direktor die Forderung auf Lohnzulage unterbreiten. Wir alle, alt und jung, kannten den „Mten“, sehr gut. Musterbeispiel vom Unternehmertypus. Kaltblütige Augen ohne Mitleid, kurzen, englischen Schnurrbart. Als ich später selbst einige Zeit Bergmann war, habe ich ihn persönlich kennen gelernt. Ich hatte mich „höheren Ortes“ wegen Gewerkschaftsagitator unliebsam bemerkbar gemacht und wurde zum „Mten“ zitiert. Noch heute sehe ich die nichterne Sachlichkeit seines Privatbüreaus, den breiten Diplomatenhandschuh, das Fütterweibchen an der Decke. An der Wand hing ein künstlerischer Stahlstich, ein Bergwerk im Betrieb darstellend. „Gegen der Arbeit“ stand darunter. Komisch, dachte ich damals, daß die Leute, die nie eine Hade oder Schaufel in der Hand hatten, die Arbeit so verherrlichten! Ich erhielt damals eine Verwarnung und beim nächsten Abbau prompt meine Entlassung.

Zu diesem Unternehmerjüngling rückten damals unsere Väter, um Lohnzulage zu heischen. Er empfing sie mit höhnischem Lächeln. „Was, mehr Schichtlohn wollen Sie haben? Es geht nicht, Leute.“ Und er versuchte, dem Gespräch eine vertrauliche Wendung zu geben. „Habt Einsehen, gute Leute, es geht nicht!“ Als die Männer auf ihren Forderungen bestanden, wurde er brutal. „Dun Sie, was Sie wollen, ich lasse mich auf weitere Verhandlungen nicht mehr ein!“

Was nun? Am Abend zogen die Bergleute ins Dorf zum Gasthof. Eine Versammlung wurde abgehalten. Im Saal hatten die Kriegervereiner Versammlung. Die, feiste Bauerngestalten, trübten aus den Fenstern und schwenkten die Nachbiergläser. Ein junger Knecht rief dem Zug der Arbeiter das Wort „Hungerleider“ zu. Es bedurfte der ganzen Selbstbeherrschung unserer Väter, um den Kerl nicht zu züchtigen, denn schon waren Polizei und Gendarmerie alarmiert. Der Wirt sagte mitmütig: „Sie können nur die Regelbahn benutzen.“ Den Versammlungsraum überhaupt abschlagen wollte er nicht. Du lieber Gott — man braucht doch auch die Arbeiter! Von dem, was die großen ver-

zehren, kann man nicht leben! So stapften die Leute durch den süßhohen Schnee im Garten zur Regelbahn. Im Musikpavillon wurden die verschneiten Gartenstühle geholt, der hartgefrorene Schnee notdürftig abgekratzt, und bald war die Regelbahn gefüllt. Da nur am Eingang in einem kleinen Eisenofen eingebetzt werden konnte, herrschte schneidende Kälte im Raum. Aber mutig wurde ausgehalten. Du lieber Himmel — es mußte eben gehen!

Abtötung. Absolute Mehrheit für den Streik. Schon die nächste Schicht fuhr nicht ein. Die Maschinen lagen still. Kein Schornstein rauchte mehr. Aber für die Streitenden begann eine traurige Zeit. Eine Zeit des Jammers und der Verzweiflung. Nachmittags riefen nach Brot. Mit verbissener Verzweiflung mußten die Mütter zusehen. Ihre Brüste waren verdorrt — auch die Kleinsten hungerten. Eines Tages entlud sich die Verzweiflung und der Haß in grimmigen Wutausbrüchen.

Von irgendwo war bekannt geworden, daß die Werksleitung von auswärts Streikbrecher gedungen hatte. Die Streikposten standen am Werkseingang. Die eisernen Tore, sonst Tag und Nacht, oft auch Sonntags geöffnet, waren geschlossen. Wochenlang dauerte der Streik. Als die Kunde von den Streikbrechern ins Dorf drang, zogen an einem nebligen Vorfrühlingstage Frauen und Männer nach der Zeche. Keine Gewalt der Erde hätte sie daran hindern können. In dumpfer Erbitterung wälzte sich der Zug des Glens zur Zeche. Schon hatten Polizei und Gendarmerie die Werksgebäude umzingelt. Mit blanker Waffe standen die Soldaten, wohlgenährte Bauernjöhne, am Zecheneingang. Da sprang die Witwe eines Heizers vor die Menge. Sie war kaum dreißig Jahre alt, aber ihre Züge waren die einer Matrone.

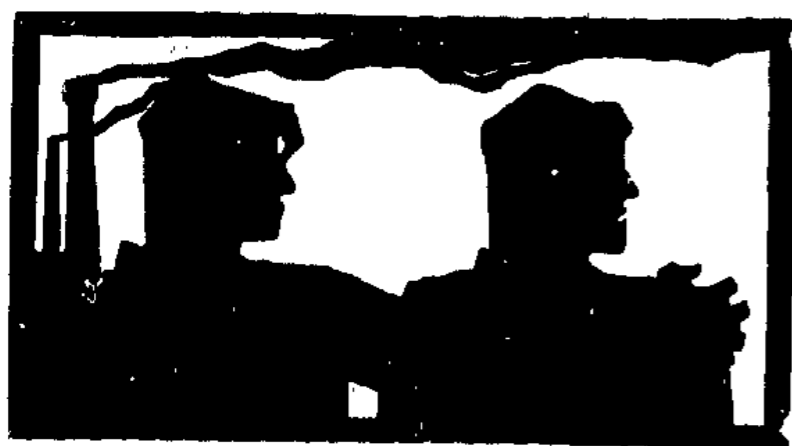
„Brüder und Schwestern“, rief sie, „was wollen wir noch verlieren? Mein Mann ist darin — sie wies nach dem Kesselhaus — verbrüht. In Zechen hat man ihn die Haut vom Leibe ziehen können. Deiner ist verschüttet, Deiner erschlagen worden! Sie hatten die Stollen jähleht verstopft. Das Unglück mußte kommen. Was gibt Euch die Knappschafftskasse? Einen Dreck! Zerichmeißt, zerichmeißt die Maschinen! Laßt den Schacht ersaufen! Und wenn wir verrecken! Zerstampft die Zeche, diese Hure, die uns zur Verzweiflung treibt!“

Ein Schutzmann zog die Masende fort. Mit blanker Waffe ring die Soldateska gegen die Menge vor. Schreckschüsse knatterten. Frauen kreischten. Die Menge mußte flüchten.

Wenige Tage später wurden den Arbeitern einige Pfennige Zulage bewilligt. Man wollte es nicht nochmals zum Neubersten kommen lassen. Die Arbeiter mußten annehmen. Sie waren am Ende der Kraft.

Das war damals. Heute, nach Jahren, haben sich die Arbeiter meiner Heimat durch Eigenhilfe bessere Lohn- und Lebensbedingungen geschaffen. Sie sind gut organisiert, haben ein eigenes Volkshaus. Sie brauchen keinen Wirt mehr um den Saal anzubetteln. Die Arbeitszeit ist kürzer geworden. Aber es muß noch vieles besser werden. Im vorigen Jahre haben sie wieder gestreikt. Aber heute sind sie nicht mehr die bescheidenen Fordernden von ehemals. Sie sind Gleichberechtigte. Sie kämpfen und wirken dahin, daß das Ungeheuer, die Zeche, demaleinigt gezähmt und ungefährdet zum Wohl der Menschheit diene. Dieses Kämpfen für Recht und Menschlichkeit ist ihr hohes, heiliges Ziel.

Arthur Jahr.



Jungkamerad

Der Grubenproletarier.

Das Antlitz bleich,
den Rücken krumm,
die Hände voller Schwielen,
An Sorgen reich
und Seufzern stumm,
muß schaffen er und wühlen.
Im Erdschoß,
in ew'ger Nacht,
umlauert von Gefahren,
lragt er sein Los,
das müd' ihn macht
und alt bei jungen Jahren.

Im Erdenleib,
in dunkler Nacht
schürft er die schwarzen Kohlen.
Indes sein Weib
in Bettlertracht
Angstzähnen weint verstoßen —
indes sein Jung'
den Kreisel schwingt
durch schmale dunkle Gassen
und keck im Schwung
ein Liedchen singt
vom Kampf und tiefem Hassen!

Christian Kopp.

Tagung der Arbeiterjugend.

Am 21. und 22. April fand in Leipzig die Reichskonferenz der sozialistischen Arbeiterjugend statt. Die Arbeiten dieser Tagung verdienen ein starkes gewerkschaftliches Interesse, da dieser Verband die proletarische Jugendorganisation ist, die auf politischem Gebiet die gleichen Erziehungsaufgaben zu lösen hat, wie die gewerkschaftliche in beruflicher und wirtschaftlicher Hinsicht. An der Konferenz nahmen deshalb mehrere Vertreter sozialistischer und gewerkschaftlicher Verbände teil. Unser Verband wurde auf der Konferenz durch den Reichs-Jugendleiter vertreten.

Von den reichhaltigen Konferenzarbeiten verdienen der schriftliche Geschäftsbericht und die dazu vom Verbandsvorsitzenden Westphal gegebenen Erläuterungen besondere Beachtung. Danach betrug die Mitgliederzahl des Verbandes 50 417. In der Berichtszeit ist ein kleiner Rückgang in der Mitgliederstärke zu verzeichnen. Als Ursache hierzu erwähnte Westphal u. a. das Fortschreiten der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und das Bestehen anderer Organisationen (Sportverbände, Reichsbanner), wodurch die Arbeiterjugend Resonanzboden und Funktionäre verloren habe. Soweit der Mitgliederverlust der sozialistischen Arbeiterbewegung zugute komme, sei dieser quantitative Verlust nicht bedauerlich. Trotzdem seien die Organisationsverhältnisse unbefriedigend, wenn man bedenkt, daß 80 Prozent der deutschen Jugend im Arbeitsverhältnis stehen, von denen ein großer Teil unorganisiert ist bzw. den bürgerlichen Organisationen angehört. Die Arbeiterjugendorganisation müsse deshalb zu einer Massenorganisation ausgebaut werden. Ein Weg dazu ist ein besseres Zusammenarbeiten der proletarischen Jugendorganisationen, die heute oft nebeneinander arbeiten.

Die Konferenzteilnehmer schlossen sich dieser Meinung an und stimmten einmütig für folgenden Antrag:

„Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Bildung einer Reichsarbeitsgemeinschaft für sozialistische Jugendarbeit anzustreben. Die Reichskonferenz fordert den Hauptvorstand auf, sofort Schritte zu unternehmen, alle sozialistischen Jugendorganisationen und Jugendabteilungen der sozialistischen Kultur- und Sportorganisationen für einen Zusammenschluß in dieser Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen.“

Wir begrüßen für unsere Verbandsjugendarbeit diesen Beschluß, sofern er dazu beiträgt, ein besseres Verhältnis zwischen der gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisation zu schaffen. Wenn dadurch insbesondere jeder Organisation für ihren Tätigkeitsbereich durch vorherige Uebereinkunft der nötige Spielraum in der örtlichen und bezirklichen Arbeit gelassen wird, kann manches Mißverhältnis infolge der Ueberorganisation beseitigt werden.

Nach einer ausgiebigen Diskussion zu diesem Punkt, die eine große geistige Beweglichkeit der Teilnehmer zeigte, aber wenig neue positive Vorschläge für die praktische Zukunftarbeit brachte, wurde die Vorstandswahl getätigt. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden Westphal wurde Ollenhauer gewählt, da ersterer infolge anderweitiger Arbeit auf eine nochmalige Kandidatur verzichten mußte.

Eine ausgiebige Behandlung auf der Konferenz erfuhr auch das Verhältnis von Arbeiterjugend zur Kinderfreundebewegung, das wir hier wegen seiner speziellen Natur außer acht lassen können. Eine wichtige programmatische Bedeutung dürfte dagegen dem Referat von Professor Nötting über „Formen und Aufgaben des Kampfes um den Sozialismus in der Gegenwart“ beizumessen sein. Wir bringen einen kurzen beachtenswerten Auszug dieses Referats im nachfolgenden Artikel.

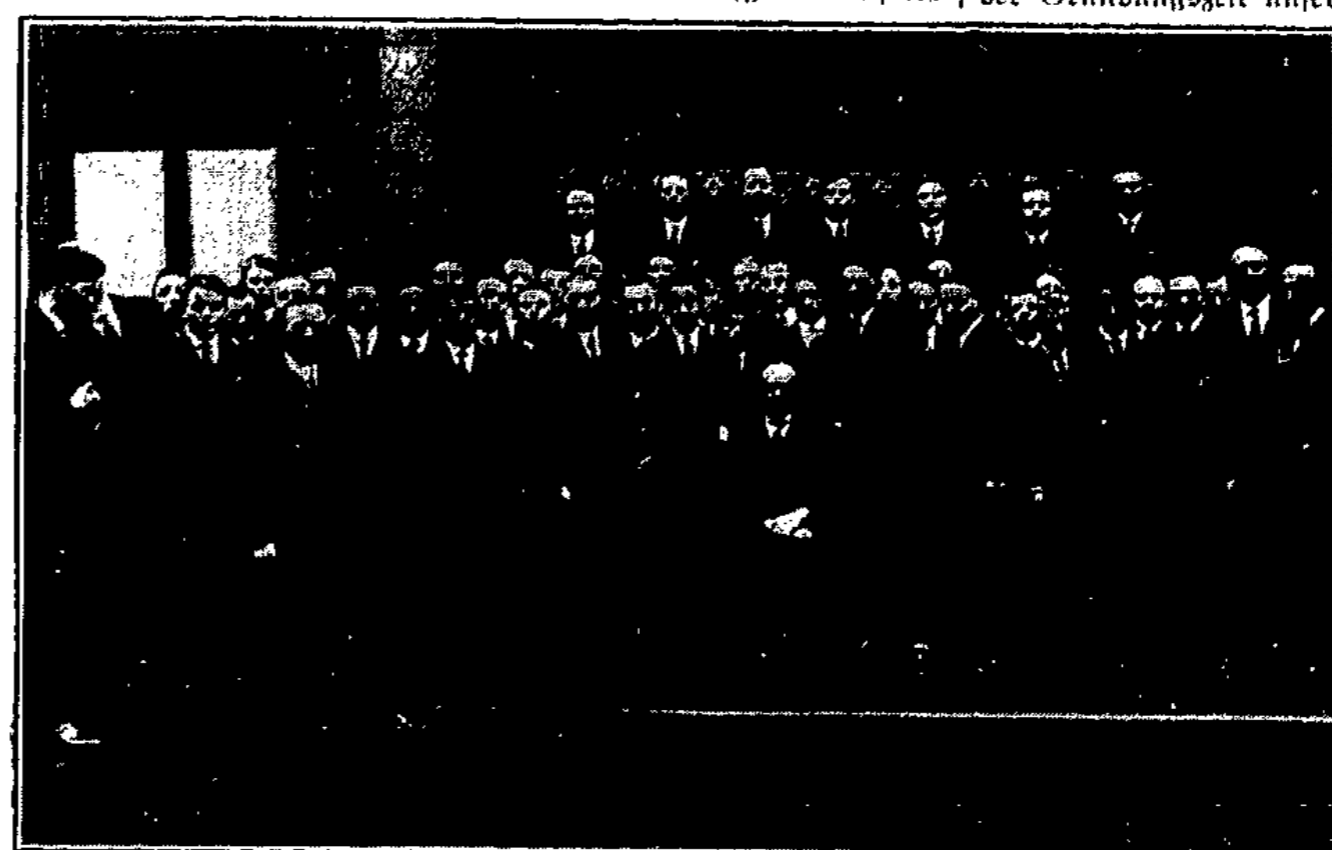
Jugend und Sozialismus.

Die erste Phase des Kampfes um den Sozialismus ist dadurch charakterisiert, daß man für die sozialistische Idee das Leben eines Verächters, eines Kämpfers und eines Dulders zu führen hatte. Die Aufgabe war, die Arbeitermassen zu Klassenbewußtsein und Klassenethos zu erwecken, in einem Gegenfälschlichkeitsbewußtsein gegen die bürgerliche Gesellschaft, Solidaritätsbewußtsein gegenüber der eigenen Klasse aufzubringen. Diese Phase des Kampfes war die eigentliche Heroenzeit des Sozialismus, übergelängt von der Gewißheit des herannahenden Endes. Sie ist insbesondere die der Jugend gemäßige Form der Kampfführung, die immer ein Verlangen trägt nach Wagnis und Abenteuer.

Die Zeit, in der der Sozialismus ein bettelhaftes Leben an den Säulen der Gesellschaft führte, ist heute vorbei. Den agitatorischen Aufgaben des Sozialismus gefellt sich hinzu die Aufgabe, die Wirklichkeit mit sozialistischem Ideengehalt und sozialistischem Gestaltungswillen zu durchdringen. Die Sozialisten sind heute nicht mehr die revolutionären Saboteure. Wir haben Stellen eingegraben in die bürgerliche Gesellschaft, wir besitzen im Staat, im Recht (namentlich im Arbeitsrecht), in der Wirtschaft und im Bildungsleben Machtpositionen, die wir zu verteidigen und die wir zu verbreitern haben. Der Sozialismus trägt heute Wirklichkeitsgewicht und mußte sich deshalb mit Verantwortungsbewußtsein plagen. Wir sitzen heute in Ministerien, in Landratsämtern, Magistraten, Wirtschaftsämtern, Schlichtungsausschüssen usw., von denen gesellschaftliches Gesamtschicksal in weitgehendem

Unsere Agitationstour.

Mit dem Willen, den Verband zu stärken, fanden sich am 14. und 15. April im Gewerkschaftshaus zu Bochum die Jungkameraden der hiesigen Geschäftsstelle zu einer Werbeaktion zusammen. Zunächst wurde in Form eines Wochenendkurses die Werbearbeit besprochen. Die früheren Wochenendkurse brachten uns gute Vorträge über Geschichte, Ziele und Aufgaben unseres



Verbandes. Aber beim letzten Kursus stand der Werbegedanke im Vordergrund. Am Samstagabend hatten sich 10 Jungkameraden eingefunden. Als Referent war Kamerad Zimmer erschienen. In seinem Vortrag über die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe im Ruhrbergbau gab er uns wichtiges Agitationsmaterial mit auf den Weg. In der nachfolgenden Diskussion wurde die Wichtigkeit der Werbung besprochen. Alle Jungkameraden stimmten mit Begeisterung zu und gelobten, die Arbeit mit Tatkraft und Stolz auszuführen. Mit dem Kampfsied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die Abendveranstaltung geschlossen.

Maße abhängt. Dadurch, daß wir unsere besten Kräfte für diese Stellen abdrigieren mußten, erlitten die Arbeiterorganisationen einen starken Kräfteentzug. Deshalb ist stärker denn je das Nachwuchsproblem von Bedeutung.

In der Periode der Durchdringung ist der Sozialismus nicht eine Frage der bloßen Gewalt, d. h. der Fäuste und der Stimmzahlen, sondern der Macht, d. h. eine Frage der Fähigkeit. Überlegenheit des geistigen Niveaus der Arbeiterbewegung ist die Forderung. In ihrer Erfüllung mitzuarbeiten hat die Arbeiterjugend als ihre vornehmste Aufgabe zu erblicken. Gedankenloses Revolverzertum bringt nicht weiter, da durch bloßes Anblasen die Mauer der kapitalistischen Gesellschaft nicht fällt. Die Bildungsarbeit der Arbeiterjugend ist daher einzustellen auf Wirklichkeitsnähe, sie hat von der Erfahrungsgrundlage des jungen Arbeiters auszugehen. Ein Referat über das Statut einer Frontkassette ist wichtiger als spitzfindige Auseinandersetzungen über die Mehrwertlehre. Die Tatsache, daß er ausgebeutet wird, braucht dem jungen Menschen nicht durch begriffliche Konstruktion nahegebracht zu werden. Sie ist ihm unmittelbarer Erlebnisinhalt. Von einer konkreten Darstellung des Wirtschaftslebens soll man zu den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten aufsteigen. Der Bildungsarbeit an den Jungen die schwer zugänglichen Kapitel aus Karl Marx zugrunde zu legen, würde zu keinem Erfolg führen. Theoretische Spitzendiskussion muß den älteren Genossen überlassen bleiben, die ein besonderes Bedürfnis nach einer grundsätzlichen und theoretischen Orientierung haben.

Auch das Führerproblem ist heute in einer neuen Weise gestellt. Der demokratische Ausleseapparat muß verfeinert werden, das Organ der Massen muß sich schärfen, damit sie den bloßen Schwächer und stümperischen Ignoranten leichter auszufinden lernen. Führertum stellt keinen Versorgungsanspruch dar, jede Sentimentalität ist hier vom Uebel. In der agitatorischen Phase des Sozialismus war eine breite Popularität des Führers ohne weiteres gegeben. Mußte damals der Führer der beredteste, so muß er heute oft der schweigsamste sein. Weil der Führer sich heute nicht mehr auf ihm von selbst zufallende breite Volkstümlichkeit stützen kann, ist es verhängnisvoll, seelische Vertrauensgrundlagen und Gefolgschaftsinhalte künstlich zu unterwühlen. Daß Führertum nicht bewußt und künstlich gesucht werden kann, versteht sich von selbst. Die Arbeiterbewegung muß so organisiert werden, daß sich die besten Kräfte leichter durchzusetzen vermögen und an die ihnen gebührende Stelle gelangen.

Sozialismus ist nicht nur Zukunftsziel, sondern auch eine Frage der unmittelbaren und gegenwärtigen Lebensführung. Sozialismus bedeutet soziale Dienstwilligkeit und öffentliches Verantwortungsbewußtsein. Der Sozialist will nicht für sich selbst profitieren, er will Anteil haben am verbesserten Gesamtschicksal. Auch in dieser Richtung liegen bedeutende Aufgaben der Arbeiterjugend. Die ursprünglichsten und unmittelbarsten ihrer Aufgaben aber ist die, breite Massen von durchgebildeten, zum Klassenbewußtsein erweckten, gemeinschaftsfähigen und hingabebereiten Jungvolk zur Bewegung hinzuführen. Die Ueberfälschung des Körpers in unserer Zeit darf nicht dazu führen, das über gut gewachsenen Körpern die Hirne verwildern. Sektierergeist ist abzulehnen, deshalb ist die Frage, ob man rauchen und alkoholische Getränke trinken darf, eine Frage der privaten Lebensführung und nicht eine im breiten Rahmen der Arbeiterjugend zu erhebende grundsätzliche Forderung. Sie soll sich mit den modernen Zivilisationserscheinungen auseinandersetzen, indem sie versucht, diese Erscheinungen mit ihrem eigenen Geist zu durchdringen. Einer revolutionären Jugend ziemt keine Flucht ins Idyll und keine Umgehung der modernen Lebensstatfachen.

Unsere auswärtigen Jungkameraden erhielten freundlicherweise bei den Bochumer Kameraden Freiquartiere.

Am Sonntagmorgen, punkt 9 Uhr, fanden sich alle wieder mit einer ganzen Anzahl älterer Kameraden der Bochumer Geschäftsstelle am Gewerkschaftshaus ein. Sogar einige alte Kämpfer aus der Gründungszeit unseres Verbandes waren vertreten, um noch gerne mit den Jungen von Haus zu Haus zu gehen.

Bald darauf sah man die einzelnen Gruppen durch die Straßen marschieren und ihr Arbeitsfeld aufsuchen. Im Verkehrslokal der Geschäftsstelle wurden die Gruppen zu je zwei Mann aufgeteilt und jeder erhielt dann mehrere Adressen von Unorganisierten, die alle in ihren Wohnungen aufgesucht und bearbeitet werden sollten.

Nun ging es los. Jeder versuchte, den besten Erfolg zu erzielen. In den Häusern der Unorganisierten wurde dann manche Wortschlacht ausgefochten. Im allgemeinen fanden sie alle auf demselben nichtstagnierenden Standpunkt und ihre Ausreden erwiesen sich als lofer Wortschwall.

Trotz der Kurzsichtigkeit vieler Bergleute gelang es uns, einige Neuaufnahmen zu machen.

Am Nachmittag trafen wir uns wieder im Gewerkschaftshaus. Alle Gruppen hatten Erfolge zu verzeichnen, so daß wir insgesamt eine recht stattliche Anzahl von Neuaufnahmen abgeben konnten. Auf allen Gesichtern der jungen Kameraden lag Freude, denn jeder hatte stolz mitgeholfen und dabei nützliche Erfahrungen gesammelt. Am Schluß der Werbung erklärten alle Jungkameraden, sich nun in der Geschäftsstelle noch eifriger als bisher zu beteiligen, damit das Meer der Unorganisierten immer mehr verringert wird.

Dieser Wochenendkursus hat gezeigt, daß die Jungkameraden, wenn es gilt, auch gewillt sind, tatkräftig mitzuarbeiten. Möge darum dieses fruchtbringende Beispiel reiche Nachahmung finden. Glückauf!

Jungkamerad O. D.

Die sozialistische Arbeiterjugend ist in den Schnittpunkt zweier soziologischer Kreise gestellt: sie ist Arbeiterjugend und damit in die Welt gestellte revolutionäre Dauerkraft, die bleibt, wenn aller sozialer Revolutionismus erloschen ist. Es ist der Beruf der Jugend, gegen alle unwahren und verfaulenden Lebensformen zu protestieren, ein Leben zu führen aus Glaubensgrund, sich nie durch praktische Erfolge einen Deut von der Bestimmung abhalten zu lassen. Als Arbeiterjugend aber ist sie angeschmiedet an das Werk der Väter, weshalb sie von dem Leerlauf bewahrt bleibt, der das Schicksal der bürgerlichen Jugendbewegung war. Die Arbeiterjugend ist eine noch nicht abgefundene Klasse, die unerfüllt gebliebene revolutionäre Forderungen an das Leben stellt. Die Arbeiterjugend empfindet die Verkrüppelung des Menschentums durch den Kapitalismus in besonders schmerzhafter Weise, und deshalb ist sie ein starker Quell der sozialistischen Widerstandskraft und der sozialistischen Erlösungseifer. Für die Arbeiterjugend gilt in besonderem Maße das zu allem Proletariat resp. die Arbeiterjugend, daß es der Gestirne ist, auf dem das Zukunftsgebäude der Gesellschaft errichtet werden soll, der Sinn der Arbeiterjugendbewegung ist der, diesem Schicksal entgegen zu reifen.

(Auszug aus dem Referat des Professors Dr. Erik Nötting, Frankfurt a. M., auf der Reichskonferenz des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands in Leipzig am 22. April 1928.)

Eine alte Geschichte.

Jungkamerad! Kennst du schon die Geschichte von dem Vater mit den sieben Söhnen? Nein? Na, dann will ich sie dir kurz erzählen, soweit ich mich ihrer noch erinnere. Es ist nämlich eine alte Geschichte, und lang ist es her, seitdem ich sie gehört habe. Damals, als ich noch sorglos die Schulbank drückte und in den vollen Himmel träumte, hat sie unser Lehrer uns mal erzählt. Wenn und oft habe ich mich ihrer erinnert und mich von ihrer tiefen Wahrheit überzeugen dürfen. Doch du bist gespannt, sie zu hören. Drum paß mal auf!

Ein Vater hatte sieben Söhne. Als diese erwachsen waren, kam er mit einem Bündel von sieben Stäben zu ihnen. Er sprach: „Wer von euch ist instand, diese Stäbe zu zerbrechen?“ Einer nach dem anderen probierte, doch keinem wollte es gelingen. Da sagte der Vater, er wolle es ihnen zeigen. Er löste das Band, das die Stäbe zusammenhielt, und brach dieselben einen nach dem anderen durch. „Ja“, riefen die Kinder, „so hätten wir das auch gekonnt!“

„Ihr seid die Stäbe“, sagte dann die Vater. „Aber euch wird es ergehen wie diesen einzelnen Stäben, wenn ihr im Leben nicht fest zusammenhaltet, wenn ihr euch nicht zu einem Bund zusammenschließt!“

Was wollen wir aus dieser kleinen Geschichte lernen, Jungkamerad? Nun, es ist nicht schwer zu erraten. Du wirst mich wohl schon verstanden haben. Auch wir müssen uns zusammenschließen und fest verbinden. Und kennst du das Band, das uns umschlingen soll? Es ist die Solidarität. Das Eintreten des einzelnen alle und aller für einen — durch und in unserem Verband.

Ja, wirst du sagen, das tun wir doch! Ganz recht! Viele haben sich schon gefunden und stehen Schulter an Schulter, um vereint des Lebens Bürde zu tragen, um vereint zu kämpfen für ein besseres Los. Viele aber stehen noch abseits. Zu ihnen sollst du gehen, Jungkamerad, und ihnen die kleine Geschichte erzählen, die ich dir erzählt habe, und ihnen klar zu machen versuchen, daß wir einzeln nichts, aber vereint alles sind!

Jungkamerad Willi B. Weltmar.



Gutes Geschäft beim Stahltrust.

Die Verwaltung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. gibt für das 2. Viertel des laufenden Geschäftsjahres, d. h. für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März, über die Produktionsentwicklung folgende Zahlen bekannt. Mit Ausnahme von Roheisen ist die Erzeugung bei den wichtigsten Erzeugnissen weiter gestiegen. Die Ziffern hierfür stellen sich im Vergleich zum vorhergehenden Vierteljahr wie folgt:

2. Geschäftsvierteljahr 1927-28 (Januar-März 1928)		1. Geschäftsvierteljahr 1927-28 (Oktober-Dezember 1927)	
Kohle	6 897 000 To.	Kohle	6 687 600 To.
Koks	2 321 001 To.	Koks	2 309 270 To.
Roheisen	1 703 105 To.	Roheisen	1 725 719 To.
Rohstahl	1 842 187 To.	Rohstahl	1 831 538 To.

Die Zahl der Angestellten und Arbeiter hat sich wie folgt entwickelt: am 31. März 1928: Arbeiter insgesamt 182 014, davon Steinkohlenbergbau 87 481, Angestellte insgesamt 15 813, davon Steinkohlenbergbau 5 117, am 31. Dezember 1927: Arbeiter insgesamt 182 235, davon Steinkohlenbergbau 87 324, Angestellte insgesamt 15 866, davon Steinkohlenbergbau 5 157.

Gestiegene Produktion — verminderte Arbeiter- und Angestelltenzahl!

Der Umsatz an Fremde belief sich im 2. Viertel 1927-28 (1. Januar bis März 1928) auf 360 424 808 M., davon entfielen 245 490 179 M. auf Abnehmer im Inland und 114 934 629 M. auf Abnehmer im Ausland (gegenüber einem Umsatz von 362 277 955 M. für die Zeit von Oktober bis Dezember 1927, davon 260 572 153 M. im Inland und 101 705 802 M. im Ausland), ohne den Umsatz zwischen den einzelnen Abteilungen der Vereinigten Stahlwerke und ohne den Umsatz zum Konzern der Vereinigten Stahlwerke gehörenden Beteiligungen. Die spezifizierten Auftragsbestände der Hüttenwerke und Verfeinerungsbetriebe an Eisen- und Stahlerzeugnissen, die am 1. April 1928 in den Büchern der Ver. Stahlwerke A.-G. standen, machten etwa 92,3 Proz. des entsprechenden Auftragsbestandes am 30. September 1927 aus (99,9 Proz. am 1. Januar 1928).

Der geringe Absatzrückgang im Inland dürfte u. a. auch zurückzuführen sein auf die Drosselung der Auslandskredite für die Länder und Gemeinden, die infolgedessen für Hunderte von Millionen an Arbeiten nicht ausführen konnten.

Gegen Ende des Berichtsjahres wurden die inzwischen fertiggestellten neuen Kokereien Minister Stein, Hansa, Erin, Alma, Nordstern, Thyssen IV.-VIII in Betrieb genommen. Mit Rücksicht auf den geringeren Auftragsseingang bei Roheisen und Walzeisenerzeugung mußte je ein Hochofen auf der Dortmunder Union und dem Förder Verein gedämpft sowie einige Martinöfen stillgelegt werden.

Kräftiges Vorwärtsschreiten der Arbeiterbank.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. hat kürzlich ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1927 vorgelegt. War schon bisher ein unwiderstehlicher Drang zur Geltendmachung im Wirtschaftsleben seitens dieses Instituts zu verzeichnen, so bedeutet der Abschluß für das abgelaufene Jahr einen besonderen Abschnitt. Blättert man den Geschäftsbericht der Arbeiterbank durch, so sollte man meinen, es hier mit einem Unternehmer zu tun zu haben, das eine jahrzehntelange Wirksamkeit hinter sich hat. Dabei wurden es im März erst fünf Jahre, seitdem die Arbeiterbank als bescheidenes Institut unter dem Namen »Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft« gegründet wurde. Das eingezahlte Kapital betrug bei der Gründung im März 1923 18 000 Goldmark. Heute hat die Arbeiterbank ein Aktienkapital von 4 Millionen Mark und einen Bestand an offenen Reserven von mehr als 1 Million Mark. Die großen Privatbanken haben das deutsche Wirtschaftsleben seit Jahrzehnten mit ihrem Einfluß durchsetzt. Als die Dirigenten des Geldes waren sie in der Lage, das Wirtschaftsleben weitgehend zu beherrschen. Da war es natürlich schwer, ein Institut zur Geltung zu bringen, welches auf der Kapitalkraft der Gewerkschaften, der Arbeiterbetriebe und den sozialen Institutionen aufgebaut war. Heute genießt die Arbeiterbank ein unumschränktes Ansehen. Ihr Einfluß ist selbst bei der Begebung großer Anleihen sichtbar. Im Hypothekengeschäft konnte sie sich den maßgebenden Einfluß bei einem alten Institut, der Hannoverschen Bodenkreditbank in Hildesheim, sichern. Die von den Organen der Arbeiterschaft gegründeten Wirtschaftsunternehmungen gelangten zuletzt durch die Förderung der Arbeiterbank zu Ansehen.

Gemäß dieser gesteigerten Bedeutung im Wirtschaftsleben nimmt die Arbeiterbank zu den brennenden Problemen in der Wirtschaft in ihrem Geschäftsbericht Stellung. Gegen die rigorose Drosselung der Auslandskredite wendet sich die Bank mit treffenden Gründen. Die Notwendigkeit, die verfügbaren Wirtschaftskräfte produktiv auszunutzen, wird mit folgenden Worten hervorgehoben:

„Wichtiger noch als diese Frage, und doch — wie uns scheint — altzu wenig beachtet, ist das Problem wirklich produktiver Ausnutzung aller verfügbaren Wirtschaftskräfte. Uns will bedünken, daß die am Wirtschaftsprozess beteiligten Kreise durchweg allem anderen das Bestreben nach Beschäftigtsein an sich voranstellen und darüber die für die Gesamtentwicklung weit bedeutungsvollere Frage des Wie und Wo außer acht lassen. Betriebs-, Berufs- und Einzelegoismus hindert immer wieder die gerade hier unumgängliche Auslese. Schwer lastet zurzeit auf der deutschen Volkswirtschaft die ernste Krise der Landwirtschaft. Die Überzeugung von der Notwendigkeit einer gesunden Fundierung gerade dieses Wirtschaftszweiges ist heute wohl Gemeingut. Nur über die einzuschlagenden Wege herrscht keine Übereinstimmung. Uns scheint, daß man sich von der überkommenen Auffassung einer Stützung der Landwirtschaft schlechthin auf Kosten der Allgemeinheit frei machen und die Bahn für eine natürliche Auslese der innerlich gesunden und Ausmerzungen der im Kern erkrankten Betriebe ebnen muß, ein Vorgang, der bei allen sonstigen Wirtschaftszweigen stets als Selbstverständlichkeit angesehen worden ist. Wenn die im Gange befindliche Reorganisation des staatlichen Kreditwesens auf diesem Gebiet dazu führen sollte, so wird die Landwirtschaft selbst, aber auch die Gesamtwirtschaft nur Vorteil davon haben können. Auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung wird eine durchgreifende Lösung als unabwiesliches Gebot bezeichnet. Man wird erwarten dürfen, daß der lange und immer wieder von fast allen Seiten ausgesprochene Wille zur Hilfe sich endlich in tatkräftige, praktische Arbeit setzt. Wir an unserem Teil sind bemüht, soweit es unsere Kräfte erlauben, mitzuwirken, und wir freuen uns, feststellen zu können, daß es uns in relativ kurzer Zeit möglich war, durch Hergabe gut gesicherter Bauzwischenkredite die Errichtung von rund 4000 Wohnungen zu ermöglichen. Wir glauben, damit der Volkswirtschaft einen guten Dienst erwiesen zu haben, und sind entschlossen, auch in Zukunft auf diesem Wege fortzuschreiten.“

Gewiß bedeuten die durch Unterstützung der Arbeiterbank entstandenen Wohnungen angesichts der ungeheuren Wohnungsnot nicht viel, aber wahrscheinlich würden auch diese Wohnungen ungebaut geblieben sein, wenn die Arbeiterbank nicht eingegriffen hätte.

Bezüglich des geschäftlichen Ergebnisses der Arbeiterbank kurz folgendes: Der Umsatz für das abgelaufene Jahr betrug 1,35 Milliarden Mark, der Einlagenbestand rund 79 Mill. M. am 31. Dezember 1927 gegen rund 36 Mill. M. bei Beginn des Jahres. Der Reingewinn stieg auf 903 875,36 M. Es wurde eine Dividende von 10 Proz. oder 400 000 M. ausgeschüttet. Dem gesetzlichen Reservefonds wurden 300 000 M., dem Spezialreservefonds 150 000 M. gutgeschrieben. Die offenen Reserven betragen somit 1 100 000 M., 53 875,36 M. wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Arbeiterbank hat zurzeit 32

Vertretungen im Reiche, 12 neue Zahlstellen wurden im Laufe des Jahres eröffnet. Beachtet man, daß der Einlagenbestand am 1. Januar 1924 200 000 M. betrug und am Schlusse des abgelaufenen Jahres 79 Millionen Mark, so ist dies eine Entwicklung, die in der Geschichte des Bankwesens einzig dastehen dürfte.

Die Hand- und Kopfarbeiter haben alle Ursache, sich über die Entwicklung ihres Unternehmens zu freuen. Aber es muß festgehalten werden, daß eine weitere günstige Entwicklung nur möglich ist, wenn die Funktionen der Arbeiterbewegung sich auch ferner in den Dienst der Sache stellen und alle verfügbaren Gelder der Gewerkschaften den sozialen Institutionen usw. der Arbeiterbank zugeführt werden.

Die öffentliche Hand als Wirtschaftsmacht.

Die politischen Kämpfe der Gegenwart haben nicht zuletzt deshalb eine so nachhaltige Wirkung, weil es sich hier nicht allein um parlamentarische oder rein politische Angelegenheiten, sondern um wirtschaftliche Dinge von gewaltigem Einfluß handelt. Zwar brachte der Novembersturz nicht die Verwirklichung der Sozialisierung durch reifer Wirtschaftszweige, aber eine Entwicklung wurde eingeleitet, die zu immer größerer Macht der öffentlichen Stellen im Wirtschaftsleben führt. Dies hat zu einer heftigen Gegenwehr seitens der privaten Wirtschaft geführt, die in dem Kampfe um die sogenannte »kalte Sozialisierung« ihren Ausdruck findet. Trotz dieses rednerischen und papiernen Feldzuges geht die Entwicklung in der erwähnten Richtung weiter. Selbst große Männer wie Rathenau, Sombart, Keynes u. a. glauben nicht mehr an ein Zurückschrauben des Entwicklungsganges auf die selige Zeit des Manchesterturns, wo die öffentliche Hand nichts und die private Initiative alles war. In Nr. 191 der »Vossischen Zeitung« macht der Chefredakteur des Handelsteils Dr. Lewinsohn über die Wirtschaftsmacht des Staates folgende treffende Ausführungen:

„Die Tatsache ist nicht wegzudiskutieren, daß die öffentliche Hand heute gewaltige wirtschaftliche Funktionen ausübt, daß sie auf engste mit der gesamten Wirtschaft verflochten ist, und daß es sofort peinlich in der Privatwirtschaft spürbar wird, wenn der Fiskus auch nur einen Finger krümmt. Um sich von der wirtschaftlichen Bedeutung der öffentlichen Hand ziffernmäßig ein Bild zu machen, muß man wissen, daß Jahr für Jahr nach amtlichen Aufstellungen 5,5 Milliarden, nach anderen Berechnungen sogar 7 bis 8 Milliarden Mark, also mehr als die Hälfte unseres öffentlichen Budgets, vom Reich, den Ländern und Kommunen, der Eisenbahn und der Post an Materialbeschaffungen aller Art ausgegeben werden. Wenn man sich diese Summen vor Augen hält, wird man wohl zu dem Ergebnis kommen, daß die öffentliche Hand im Vergleich zu der wirtschaftlichen Kraft, die sie entfalten könnte, sich eigentlich noch recht träge und zaghaft benimmt. Die Ursache dafür ist, daß diese Hand nicht von einem Kopf aus geleitet wird, daß Hunderte und Tausende von Verwaltungsstellen sie ohne einheitlichen Plan hierhin und dorthin zerren, ja, daß sie im Grunde gar kein lebendiges Organ ist, sondern nur ein Sammelsurium von Fonds und Etatspositionen, die ohne Rücksicht aufeinander verbraucht werden. Wenn die öffentliche Hand, die in ihrem jetzigen Zustande nur einen Rechenbegriff und eine Fiktion ihrer Gegner darstellt, wirklich einmal von einem Kopf aus regiert würde, dann wäre der Staat, oder wie sonst der Kopf firmieren mag, plötzlich eine wirtschaftliche Großmacht in der Produktions- und Preispolitik, mächtiger als die bedeutendsten Privatkonzerne, ohne daß er seine Funktionen auszudehnen und sich neue Eingriffs- und Aufsichtsrechte anzumaßen brauchte.“

Der Reichswirtschaftsrat hat jetzt nach eingehenden Untersuchungen eine wertvolle Vorarbeit nach der Richtung hin geleistet, die Wirtschaftsstellen des Reiches, der Länder und Kommunen, der Eisenbahn, Post usw. planmäßig zu einem gewissen Ganzen zu verbinden. Damit könnte der Verlauf der Wirtschaft nicht unwesentlich beeinflusst werden. Eine planmäßige Konjunkturpolitik tritt damit in den Bereich der Möglichkeit. Saisonschwankungen und Wirtschaftsstörungen könnten somit erheblich abgeschwächt werden. Diese Leistung des Reichswirtschaftsrats muß lebhaft begrüßt werden. Sie weist aber auch auf die bevorstehenden Wahlen hin, indem die Hand- und Kopfarbeiter angehalten werden, nur dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Dann kann das verwirklicht werden, was der Reichswirtschaftsrat empfiehlt.

Ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen.

Nach dem Novembersturz stand die Sozialisierung im Mittelpunkt aller Erörterungen. Die praktische Verwirklichung dieser Idee ist jedoch in Ansätzen stehen geblieben. Wie auf jeden Hochschwung ein Rückschlag folgt, so auch in dieser Frage. Trotz allem ist die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten, daß die öffentlichen Körperschaften von der Wirtschaft mehr und mehr Besitz ergreifen. Wo in öffentlicher Hand befindliche Unternehmungen mit der Privatwirtschaft zu konkurrieren haben, ist der Kampf in der Regel nicht leicht. Ein Beispiel, wie ein kommunales Unternehmen sich in freier Konkurrenz durchzusetzen vermag, haben wir in der Berliner Brennstoff-Gesellschaft (BBG.) vor Augen. Dieses Unternehmen wurde im Jahre 1917 mit einem lächerlich geringen Anlagekapital zur Versorgung der Bevölkerung mit Ersatzbrennstoffen gegründet, weil Kohle dazumal kaum zu beschaffen war. 1922 wurde die BBG., die in der Form einer GmbH. aufgezogen ist, auf folgende Arbeitsgebiete umgestellt: Versorgung der städtischen Betriebsstellen mit Brennstoffen, Brennstoffhandel im allgemeinen, Durchführung von Notstandsaktionen in Gemeinschaft mit den Wohlfahrtsämtern.

Die BBG. erlöhrt nachdem eine glänzende Entwicklung. Nach der Währungsstabilisierung kam auch für dieses Unternehmen eine schwierige Zeit. Doch stand der Betrieb nunmehr auf so gesunden Füßen, daß er sich in steter Weise nach aufwärts entwickelte. Heute gehört die BBG. infolge umsichtiger und geschäftstüchtiger Leitung zu den größten Betrieben des Berliner Brennstoffhandels. Die Gesellschaft hat 20 Lagerplätze in einer Gesamtgröße von 53 207 qm. Die Plätze sind mit den modernsten technischen Hilfsmitteln versehen, wie bewegliche Krananlagen, Entladevorrichtungen usw. Da der größte Teil des Umschlages von Wasser her erfolgt, sind gewaltige Kräne, namentlich am Stralauer Ufer, in Tätigkeit, um den ununterbrochenen Zufluß zu bewältigen. Der Betrieb geht in allen Teilen rationell vor sich. Die Baulichkeiten sind aufs äußerste zweckentsprechend angelegt. Die BBG. besitzt einen Fuhrpark von 200 Wagen und 72 Pferden, drei Lastkraftwagen mit Anhängern und zwei sogenannte Trecker. 300 Arbeiter und 70 Angestellte finden bei der BBG. das ganze Jahr hindurch Beschäftigung, in der Hochsaison schwimmt die Arbeiterzahl bis auf 500 an. Rund 350 000 To. Kohle und Koks, 20 000 cbm Holz im Geldwerte von rund 10 Millionen Mark wurden im letzten Geschäftsjahre bewältigt. Trotzdem wäre die BBG. bequem in der Lage, das Doppelte umzusetzen.

Bei einer Besichtigung des Betriebes konnten wir uns davon überzeugen, daß hygienische und soziale Mustereinrichtungen auch im Kohlenhandel möglich sind. Die Unterkunfts- und Umkleieräume der Kohlenarbeiter sind aufs sauberste hergerichtet. Die Brause-, Bade- und Wascheinrichtungen auf den Kohlenplätzen, die sämtlich mit Warmwasserversorgung versehen sind, sind etwas, was man in den Konkurrenzbetrieben vergeblich sucht. Auch noch andere Vorteile genießt die Arbeiterschaft, so daß die BBG. sich nie um Arbeitskräfte zu bemühen braucht.

Die BBG. ist heute in Berlin nicht nur in kommunalpolitischer und sozialpolitischer, sondern auch in volkswirtschaftlicher Beziehung ein beachtenswerter Faktor. Die Verhältnisse im Kohlenbergbau, die Preisgestaltung der Brennstoffe usw. haben das Problem dringend werden lassen, wie eine solche Stadt wie Berlin ohne Störung mit Brennstoffen versorgt werden kann. Und dieses Problem scheint die BBG. glänzend gelöst zu haben. Sie hat namentlich preisregulierend gewirkt. Der Brennstoffhandel ist ein kleiner Teil der Wirtschaft, aber wenn ein solches Unternehmen wie die BBG., gehalt und aufs äußerste angelegelt, in Konkurrenz mit fast 3000 teilweise sehr kleinen Betrieben sich in jeder Beziehung durchsetzt, dann ist hier ein Stück Wirtschaftssozialismus in die Praxis umgesetzt. Eine Leistung, die höchste Anerkennung verdient!

Aus dem Kreise der Kameraden. Unsere Toten.

Bahnhofe Wredten. Der Senfemann hat in letzter Zeit eine große Lücke in unsere Mitgliedschaft gerissen. Kamerad Oswald Klotz verunglückte tödlich auf der Zeebe Minister Stein III. Kamerad Heinrich Wotthoff erlag der Proletarierkrankheit. Beide waren langjährige und treue Verbandskameraden. Das Andenken der beiden Kameraden werden wir in Ehren halten!

Bahnhofe Waldenburg. Am 24. April verstarb im Knappschafelazarett zu Waldenburg infolge Schlaganfalles plötzlich und unerwartet unser Kamerad, der Bernbauer August Reich aus Waldenburg, im Alter von 50 Jahren. Der Verstorbene war seit dem 21. Oktober 1906 Mitglied unseres Verbandes, seit mehreren Jahren Funktionär und Mitglied der Bezirkskommission. Er hat stets in vordevster Reihe für unseren Verband gekämpft, war auch Mitglied des Betriebsrats der Glückhils-Friedenshofsgrube in Hermendorf und hat sich durch seine Treue zu unserer Organisation und seinen bescheidenen und selbstlosen Charakter ein dauerndes Andenken bei den Mitgliedern unseres Verbandes, weit über den Rahmen seiner Bahnhofs hinaus, bewahrt. Mit ihm ist wieder einer unserer alten aufrechten Kämpfer dahingegangen. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

Aus dem thüringischen Schiefergebiet.

Seit langer Zeit schon war es notwendig, einmal auf die Zustände aufmerksam zu machen, unter welchen die Schieferarbeiter ihr Dasein fristen müssen. Daß der Beruf eines Schieferarbeiters nicht nur sehr schwer, sondern auch sehr gesundheitsgefährlich ist, braucht nicht besonders betont zu werden, fließen doch so viele, teils im jugendlichen, teils im schönsten Mannesalter, an der Unberührlöse dahin. Daneben wird dem Arbeiter das Leben im Betrieb noch besonders erschwert, so daß es not tut, sich einmal mit dem Betrieb, der dabei eine besondere Rolle spielt, zu befassen.

„Hier ist des Volkes wahrer Himmel, zu frieden jauchzet groß und klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“ Diese schönen Goethe-worte mißbrauchte irgendein bezahltes Subjekt vor etwa drei Jahren, als von der Firma Carl Dertel anlässlich des 100. Geburtstages des Begründers der Firma ein großzügiges sogenanntes Vergnügen in Szene gesetzt wurde. Daß dieses Fest nur auf Kosten der dort beschäftigten Arbeiter gehalten wurde, merkte man gar bald. Wie es nun in diesem Himmel aussieht, wollen wir an dieser Stelle kurz schildern.

Die Arbeiterschaft arbeitet in diesem Betrieb in einem Akkordsystem, das geradezu Morbidsystem genannt werden muß. Anfangs bestand in den Spätklassen ein einheitlicher Akkord. Um aber die Ausbeutung ausgiebiger zu gestalten, kam man auf die Idee, zwei Gruppen zu bilden: Schalter und Zuschneider. Obwohl nach den Tarifvertragsbestimmungen es unzulässig ist, daß in einem Betrieb ein einseitiges, d. h. willkürlich eingeführtes Akkordsystem bestehen kann, ist es in diesem Betrieb der Fall, weil eben die Belegschaft schläft und nicht den Betriebsleitern entgegentritt. Man sollte man aber wenigstens annehmen, daß auch die Akkordgruppen wüßten, wie hoch ihr Akkordtag ist. Weit gefehlt! Den Kameraden, die sich mit der Betriebsleitung in Verbindung gesetzt haben, um zu erfahren, wie hoch ihr Akkordtag ist, wurde zwar viel von dem „guten“ Akkordsystem erzählt, aber den Satz selbst erfahren sie nie. Wir sind der Meinung, daß die Geheimtuerie der Betriebsleitung auf wenig Glückseligkeit beruht. Leider muß festgestellt werden, daß ein Teil der Belegschaft durch ihr zum Teil gundebemühtes Verhalten diese Zustände, obwohl ungewollt, mit unterstützt. In den Hütten herrscht ein Hasten und Jagen sowie eine tolle Antreiberei.

Mancher Angestellte glaubt, treten nach Vorkriegsmustern, seine besondere Rolle spielen zu müssen. Ein besonderes Kapitel bildet hier die Befestigung von „unliebsamen“ Elementen, besonders auch von Mitgliedern der Betriebsvertretungen. Nachdem der Betrieb immer mehr zur Saisonarbeit übergeht (von Saisonarbeitern will man jedoch nichts wissen), legt man in den Wintermonaten, meist im Weihnachen, den Betrieb auf einige Wochen still. Auch in diesem Jahre geschah das, und zwar wegen „technischer Umstellungen“ im Betrieb. Ein Teil der Belegschaft wurde bei den Umstellungsarbeiten weiter beschäftigt. Der andere Teil folgte dann wieder nach und nach bis auf einige, die sich als „unliebsam“ entpuppt hatten, auch wenn es die besten und erfahrensten Arbeiter sind. Selbst wenn dieselben von dem Aufseher, bei dem sie vorher beschäftigt waren, wieder verlangt werden, werden sie nicht wiederingestellt, mögen sie auch seit ihrer Schulentlassung in diesem Betrieb gearbeitet haben. Andere Kameraden, deren Arbeit nicht zu tabeln ist, wurden nicht wiederingestellt, weil sie mit der Leitung der Krankenkasse in Konflikt kamen. Die Betriebskrankenkasse selbst ist ein grauenhaftes Kapitel. Es ist beschämend, wie dieses so wichtige Gebiet so wenig Interesse bei der Belegschaft findet.

Nach außen hin wird zwar versucht, die Umwelt von dem sozialen Empfinden zu überzeugen. Aber die Wahrheit wird allmählich erkannt, leider nicht von der Belegschaft.

Für die Belegschaft aber sollte der Ruf gelten: Erkennt endlich die Politik der Betriebsleitung und ihrer Hintermänner! Schließt die Reihen der Organisation dicht und fest, damit ihr dem Unrecht entgegenzutreten könnt und euch Zustände schafft, die für euch als Menschen erträglich sind!

Verbandsnachrichten.

Nachdem die Wahl der Delegierten zur 26. Generalversammlung in Magdeburg getätigt ist, machen wir darauf aufmerksam, daß die Zentralwahlkomitees gehalten sind, das Ergebnis der Wahl baldigst zu prüfen. Die Entscheidung des Zentralwahlkomitees muß nach der Wahlordnung, Artikel XVI, spätestens vierzehn Tage nach der Wahl, also bis zum 6. Mai, gefällt sein. Das Resultat ist dann den Zahlstellen und den zur Wahl stehenden Kandidaten so rechtzeitig mitzuteilen, daß sie bis zum 10. Mai in dessen Besitz sind. Ebenso ist das gefamte Wahlergebnis (Stimmzettel, Protokolle usw.) sowie das Protokoll des Zentralwahlkomitees bis zum 10. an den Vorstand einzusenden.

Nach Artikel XVIII der Wahlordnung sind etwaige Beschwerden gegen die Entscheidung des Zentralwahlkomitees über Ungültigkeitserklärung von Stimmen oder die Wahl selbst bis zum 18. Mai an den Vorstand einzureichen, der dann darüber zu entscheiden hat.

Wir bitten alle beteiligten Kameraden, diese Fristen innezuhalten, damit etwaige Neuwahlen noch rechtzeitig getätigt werden können.

Aus dem Verbandsausgeschieden werden die Kameraden: Peter Kempiß (S.-Nr. 1 314 587), Bahnh. Beuthen-Rößberg, Richard Schweda (S.-Nr. 1 219 146), Bahnh. Beuthen.

Bücherrevision.

Weiderröde. Am 19. und 20. Mai. — Castrop III. Vom 25. Mai bis 5. Juni. Bücher bereit halten!

Weiderröde. Anträge auf Kranken- und Arbeitslosenunterstützung sind bis zum 15. des Monats beim Kameraden Sande zu stellen. Auszahlung erfolgt jeden letzten Sonnabend im Monat beim Kameraden Trenkel.

Pengeln. Die Mitgliedsbücher zum Bezuge für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung sind vom 2. bis 3. Sonntag eines jeden Monats beim Vertrauensmann Kaiser, Säßstraße 15, abzuliefern. Auszahlung am 4. des Monats beim Kassierer Menneken, Keller.

Gefundes Blut

Sicht, Rheumatismus, Fettsucht, Blutentmischung (falschlich Blutarmut und Bleichsucht genannt), viele Hautkrankheiten, Nierenleiden, Gallen- und Leberleiden, Blasen- und Nierenleiden, Stuhlverstopfung, Appetitlosigkeit, Magenleiden, Kopfschmerzen, Arterienverfälschung, Herz- und Nervenleiden und viele andere, sind oft nur die Folge von schlechter Blutmischung und dickem, verdorbenem, schlecht zirkulierendem Blute, und verschwinden wie von selbst nach einer gründlichen Blutentgiftungs- und Reinigungs- und Entfäuerungs-„Herbaria“ bewährt. Er wirkt entgiftend, entfäuernd, reinigend und aufräuernd auf Blut und Galle, befreit das Blut von der schädlichen Harnsäure (der Ursache von Gicht und Rheumatismus), damit es wieder rein und gesund, hell und klar durch die Adern fließen und alle Organe mit gesundem, gereinigtem, lebenspendendem Blut ernähren kann. Warten Sie aber mit einer solchen Kur nicht, bis Sie krank sind, sondern trinken Sie diesen Tee rechtzeitig und kurgemäß an Stelle sonstiger Morgen- und Abendgetränke. Vielen Krankheiten wird dadurch vorgebeugt. Massenhafte Dankebriefe.

ist der Träger von Gesundheit, Schönheit, Körperfrische, Arbeitskraft und Lebensfreude.

Krankes Blut

aber ist die Ursache vieler Krankheiten, von Bleichsucht und frühzeitigem Tod. Eine ganze Reihe Stoffwechsel-Krankheiten.

So schreiben die Verbraucher über diesen Tee:

Erlaube mir, Ihnen meinen Dank auszusprechen für Ihren vorzüglichen Entgiftungstee. Habe seit einiger Zeit getrunken und fühle mich seither viel wohler, auch die Kopfschmerzen, an denen ich so stark litt, sind seither verschwunden, werde aber trotzdem den Tee noch weiter trinken und empfehlen. Senden Sie mir... usw.

Unterzeichnete bestellt hiermit drei weitere Pakete Blutentgiftungstee. Ich kann Sie überall empfehlen und werden Ihnen in nächster Zeit von sehr vielen Bestellungen ausgehen. Ich litt seit elf Jahren an bösen Händen, konnte weder waschen noch scheuern und mußte dauernd eine Hilfe haben, was mir in meinem Stand sehr schwer fiel. Seit ich Ihren Tee trinke, ist es besser geworden, kann jetzt schon sämtliche Hausarbeiten allein verrichten. Habe schon so viele Blutentgiftungstees getrunken, aber keiner zeigte einen Erfolg, nur durch Ihren Tee allein bin ich wieder gesund geworden. Ich bin so glücklich, daß mir Ihr Tee derart gut geholfen hat.

Massenhafte ähnliche Dankebriefe liegen uns vor, die wir aber unendlich alle abdrucken lassen können!

Prospekt gratis, Paket 3 Mk. (Kur: 3-6 Pakete.)
Ferner stellen wir auch billigere Blutentgiftungstees her, über welche uns ebenfalls ähnliche Dankebriefe zugehen, u. empfehlen: Philippburger Normal-Blutentgiftungstee, mild, blutreinigend, durch den Urin, nicht abführend, Paket 2,10 Mk.; Philippburger Reform-Blutentgiftungstee, mild, abführend, daher durch den Darm blutreinigend, Paket 2,10 Mk.; Philippburger Universal-Blutentgiftungstee, mild, blutreinigend, durch Darm und Urin, Paket 2,10 Mk.

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg B 401 (Baden).

Zu haben in allen Apotheken.
Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an uns, worauf Zusendung durch die zuständige Versandapotheke veranlaßt wird oder Niederlagen nachgewiesen werden. Keinesfalls lasse man sich aber Erfag aufreden.

ZUR AUFKLÄRUNG

Unsere Methoden der Mischung und Tabak-Pflege



sind durch Patentanmeldungen in allen Kulturstaaten der Welt für die Reemtsma A.G. und ihre Tochtergesellschaften geschützt und können nicht nachgeahmt werden

(Für Deutschland werden keine Lizenzen vergeben)
REEMTSMA A.G. ALTONA - BAHRENFELD

Anzüge

f. Sport, Straße u. Abend, Herren-Läden, Gummi-, Früh- u. Sommermäntel, Windjacken, Damen-Mäntel u. Schuhe u. Stiefel
5 Tage zur Probe m. bedingungslos. Rücksendungsgeld.
recht bei Nichtgefallen, um Güte und Preiswürdigkeit prüfen zu lassen. Anzahlung 2,- gegen bequ. Wochenzahlungen von nur 0,-20,-.
Illustrierter Prospekt mit Preisliste gratis und frei.
Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postl. 828B

Plafate

für
Zahlstellenliste
Liefert schnell und billig die Buchdruckerei der
Bergarbeiter-Zeitung
Bochum

Pflaumenmus

die und 100, Nr. 31 Mk. 1,75
Eimer 25 Pfd. 8,- Mk., 10 Pfd. 3,50 Mk.
Bierfrucht-Rosmelade, Eimer 25 Pfd. 10,- Mk., 10 Pfd. 4,20 Mk. einjäh. Gefäß. Nach ab Magdeburg. — Preisliste gratis.
Jaenke & Richter, Magdeburg 105.

Neue Gänsefedern

doppelt gereinigt, Langrupf Pfd. 1,75 Mk., Schachtelfedern 2,50 u. 3,- Mk., Kopf 5,-, Halbdaunen 6,-, Daunen 6,75 Mk., Schleißfedern 3,50, 4,75, 5,00, 7,50, Daunen 9,- und 12,- Mk.
Müller stel. Zurücknahme bei Nichtgefallen.
W. Barownick, Neu-Trebbin 17 (Oderbruch) Gänsemästerei

Wer klug ist kauft bei Uhren-Müller!

Reklamepreis nur 4 Mark
tollet echte deutsche Herren-Uhren-Nr. 52, halt vermindert, ca. 30jähr. Werk, genau reguliert nur 4,00 Mk.
Nr. 53 dieselbe mit Schärfer 4,50 ..
Nr. 54 die. egl. weif., m. Gold u. Schorn. 5,00 ..
Nr. 55 dieselbe mit besserem Werk 6,50 ..
Nr. 56 mit Sprungbedel, ganz verguldet 12,00 ..
Echt 116, Herren-Uhren, mit 1a. Schweizer Werk, 10 o. 15 Steine nur 20-50,00 ..
Nr. 58 Damenuhr, verstell. m. Gold. 7,50 ..
Nr. 79 dieselbe, kleines Format 10,00 ..
Nr. 81 dieselbe egl. Silber, 10 Steine 16,00 ..
Metal-Uhrspiegel 0,25
Panzeruhr, vermindert 6,50, egl. verill. über nur 1,50 ..
echt verguldet 2,-, Golddoublette nur 5,- ..
Nr. 47 Armbanduhr mit Nieten nur 8,00 ..
Nr. 44 die. u. Form., m. best. Werk 12,00 ..
Weder, 1a. Messingwerk 3,00 ..
Von den Uhren verkaufte jährlich ca. 10 000 Stück.
Unsere Uhren erhalten 1.-Mk. Nachsch. um 1 Koppel gratis bei Einbindung d. Inletals und Befestigung einer Uhr zu Mk. 6,50 und mehr.
Uhren-Müller, Berlin-Tempelhof 175 Friedrich-Franzstr. 14.

Fahr- und Motorräder, Näh- und Sprechmaschinen!

Auf Teilzahlung, auch ohne Anzahlung.
Monatstaten von 5,- RM. an.
Kostfreie Lieferung! Verlangen Sie Katalog.
Ingenieur Arthur Schlosser,
Breslau 3, Volkshilfsstr. 23/34.
Lehnender Nebenberuf d. K. Kundenzuführung.

HONIG

gar. rein. Biene-Blüten-Schleuder-Honig, 1a. Qual., 10 Pfd. Dose (mit 10 - Mk., halbe 5,50 Mk. (Nachnahme 30 Pfg. mehr).
Garantie: Zurücknahme.
E. G. Schmidt, Baumg. n. Großhändler, Salzdetfurth (Hannov.)

Unsere billigen böhm. Bettfedern

und anerkannt guten Betten genieszen Woltruf.
Gr. Gäusefedern Pfd. 1,10, halbwelcher Flaumrupf 1,20, weiß. Schließflaum 1,30, schneew. Halbdaunen 1,40, ganz flaumig 1,60, feine Ver- schließflaum 1,80, ab 9 Pfd. portofrei. Ober- wie Unterbetten, prod. voll gefüllt 13,90, in egl. rot 14,90. Keine Aussteuer-Überbetten in egl. rot und vielen Farben nur 11,30. —. Stoffmischung 14,40, im Bleck egl. rot 11,30, 8,50 und 12,50. Raff. Kinderbett 11,-. Müller u. Preisliste gratis. Kauf ohne Risiko, da Geld zurück.
M. Mühlbauer, Bettfedernverfä., Seibmühle 58, (Kayer. Stad. böhm. Grenze).

Früh gef. Schweinefleisch

0,35
Früh ausgebraten. 0,45
Bachschmalz 0,45
Geräucherter fetter Prekoppf 0,70
Kote u. Leberwurst 0,55
Weiß. u. poln. Wetz- wurt 0,70
Kochsch. 0,70
Geräuchert. Fleisch- Prekoppf 0,70
Geräuch. Schweine- botten 0,75
Wettwurt zum Freichen 0,90
Fetten und durchw. Speck 1,-
Liefert in 9-Pfd.-Pak. (auch gemischt) per Nachnahme.
Porto u. Verpackung fr. Wurstfabrik Szakmary, Hamburg Matthäustraße 38.

Käse billiger direkt

ab Fabrik
Holländer Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. 3,60
Holl. Tafelkäse (rote Rinde) 9 Pfd. 3,80
Tilsiter Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. 4,80
Edamer Art (rot gewachst) 9 Pfd. 4,80
Gute schmilffeste Ware, hergestellt aus bestem Rohmaterial. Porto u. Verpackung M. 1.- extra
O. Damke, Käse-Fabrik, Hamburg 39 B56.

Homocord

Electric

Die neuen Schallplatten der Gewerkschaftsmitglieder

Choraufnahmen von Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.
Nur auf Homocord-Elektro!
Gesangv. Typographia, Berlin
Dirigent: Alexander Weinbaum, mit Homocord-Orchester
4-2522 Sturm G. Ad. Uthmann-Ludwig
Lessen Vogel flieg' weiter, (Volks- lied) A v. Othegraven
4-2523 Wann wir schreiten
Alfr. Guttman-Herm. Claudius
Sonntag am Rhein (Volkslied) R. Schumann
Überall erhältlich
Männerchor Fichte-Georgia
Dirigent: Wilhelm Knöchel
4-2510 Auftakt Wilhelm Knöchel
Das heilige Feuer
(G. A. Uthmann-Ludwig Lessen
sonst schreiben an
Homophon-Company G. m. b. K., Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 108
Man vorlange ausdrücklich Homocord!

Sigurd

das Rad für alle
unverwundlich, von schmeidigem Bau und spielndem Lauf. 3 Jahre Garantie! Besonders niedrige Preise, weil direkt ab Fabrik.
Spezialrad schon für 48,-
Fahrradteile, Photos und Sportartikel Musikwaren, Uhren
Geschenk- u. Haushaltartikel sehr preiswert in nur bester Qualität.
Hunderttausende zufriedener Kunden! Verlangen Sie kostenlos und ohne Kaufzwang den Pracht-katalog der
Sigurd Gesellschaft Fahrrad-Fabrik Kassel 78
Bequeme Teilzahlung

